

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weissbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 10. Erscheint alle Sonnabend.  
Monatspreis 1.50 Mf. pro Quartal  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Anzeigen kosten die 4 gespaltenen Pettitzette  
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist  
stets vorher einzuführen.)  
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

22. Jahrg.

Hamburg,  
Sonnabend, 7. März 1908.

## Ein sozialpolitisches Monstrum.

I.

Wenn der Sachz.: „Was lange währt, wird gut!“ ein Wahrwort ist, so trifft er auf den neuen Arbeitskammer-Gesetzentwurf nicht zu. Seit dem 4. Februar 1890, also seit 18 Jahren, geht die Reichsregierung damit schwanger, seit diesem Tage, an dem Kaiser Wilhelm II. versprach, „es solle den Arbeitern der friedliche und freie Austausch ihrer Wünsche und Beschwerden ermöglicht werden“, warten die deutschen Arbeiter „sehnüchtig“ auf die Erfüllung dieses Versprechens. Klardenkende und weitsichtige Arbeiter, denen aus der Betrachtung der Klassen-gegensäthe ein starkes Klassenbewußtsein erwachsen war, hegten von Anfang an Zweifel, ob etwas darnach kommen werde, als sie aus der Kaiserlichen Botschaft den Zweck dieser Einrichtung kennen lernten: „Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Führung zu behalten.“

Der Gedanke, von dem die Kaiserliche Botschaft ausgeht, ist also offenbar der, daß es möglich sein werde, den sozialen Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herzustellen, wenn man beide Kategorien in eine Kammer einheitet, wo sie unter Aufsicht der Regierung ihre gemeinsamen Interessen regeln. Dass dies eine Illusion ist, da es sich bei Unternehmern und Arbeitern im Grunde genommen nicht um gemeinsame, sondern um entgegengesetzte Interessen handelt, wird kein Mensch bestreiten wollen, der die Triebkräfte des Wirtschaftslebens kennt und unter die Oberfläche der heutigen Gesellschaftsordnung zu schauen versteht. Wir persönlich haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitskammern — als der Ausdruck der Interessenhörigkeit zwischen Kapital und Arbeit — ein Unding seien und daß es nötig sei, den Arbeitern in jenen Arbeitskammern eine Interessenvertretung zu schaffen, wie ja auch die Landwirte, Kaufleute, Handwerksmeister usw. ihre Kammern haben. Zu wiederholten Malen haben wir in unserem „Vereins-Anzeiger“ unsere Bedenken gegen die Arbeitskammer geltend gemacht. Noch im Jahre 1905 (Nr. 2 vom 14. Jan. 1905) beschäftigten wir uns mit dieser Frage im Anschluß an einen Referat von Dr. Harms auf der Generalversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“, das sich für Arbeitskammern aussprach. Der Referent betonte, es sei ein gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern an den gemeinsamen Aufgaben nicht nur unzuverlässig, sondern auch sehr wohl möglich, denn die beiden seitigen Interessen drängten zur Ansprechung friedlicher Verhältnisse. Wir schrieben damals: „Wir müssen doch auf dem Standpunkt verharren, daß unter den obwaltenden Umständen die reinen Arbeiterkammern vorzuziehen sind. Bei der Arbeiterklasse überwiegen ohne Zweifel diejenigen Interessen, die denen des Unternehmertums direkt gegenüberstehen und für die es somit in den Arbeitskammern keine Vertretung gibt. Daraus allein geht schon hervor, daß eine Arbeitskammer nicht die richtige Vertretung der Arbeiterinteressen — und darauf kommt es im Grunde doch an! — sein kann, sondern daß die Arbeiter ebenso gut ihre spezielle Vertretung haben müssen, wie die Angehörigen der selbständigen Berufe. Letztere sind infolge dieser halbamtlichen Organisationen, neben ihren eigentlichen Berufsorganisationen, sehr wohl in der Lage, ihre Interessen in voller Schärfe der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Daher müssen die Arbeiter mit aller Energie eine eben solche Vertretung verlangen, wie sie den Selbständigen schon heute zur Verfügung steht. Würden sie sich mit

Arbeitskammern begnügen, so wäre in diesen der Einfluß der Unternehmer mindestens ebenso stark wie der der Arbeiter. Bei allen Beschlüssen, Gutachten und Veröffentlichungen dieser Kammern kämen dann nicht die Ansichten der Arbeiter rein zur Geltung, sondern im günstigsten Falle kämen Kompromisse zu stande, die von den Gründen der Arbeiter beeinflußt wären. Dadurch würde man den Arbeitern das Recht vorerhalten, das die Arbeitgeber seit langem schon haben: nämlich das Recht, durch eine reine Interessenvertretung ihre Wünsche und Forderungen offiziell zu äußern und dadurch auf eine Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hinzuwirken.

Man hat gegen die Arbeitskammern eingewendet, daß ihre Aufgaben naturgemäß beschränkt seien, und daß sie in der Hauptsache gutachtliche Organe bleiben würden. Wir können dies nicht ohne Weiteres zugeben, meinen vielmehr, daß es bei einigermaßen gutem Willen der Regierung und der Behörden wohl möglich sein wird, ihnen auch weitergehende Aufgaben, z. B. die Kontrolle und den Ausbau des Arbeitsschutzes, zuzuweisen. Aber selbst wenn dies einstweilen noch nicht geschehen sollte, so ist uns doch eine Arbeitskammer mit beschränkten Rechten noch immer lieber, als eine Arbeitskammer, der jede Möglichkeit fehlt, die Interessen der Arbeitlosen zu vertragen. Alle eventuellen Mängel, die einer Arbeitskammer anhaften, sind doch gering zu veranschlagen gegenüber dem großen Vorteil, daß sie in der Lage ist, offen und ohne Beinäbelung zu sagen, wo den Arbeiter Schuh drückt.“

Die Entwicklung hat uns Recht gegeben, und mehr denn jeals wird heute im Gehalter der Waffenaustritte und Priesenstreits das friedliche Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern an den gemeinsamen Aufgaben zu einer Chimäre, einer Fata morgana, einer frommen Sage. Man lese nur den § 2 des Gesetzentwurfs, der die Aufgaben der Arbeitskammern angibt: „Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen.“

Dieser nichtssagende Phrasenbrei, der dem Gehirn irgend eines Weltfremden Geheimrats entquollen ist, wird dadurch nicht schmacenhafter, daß es gelagt wird, es gehöre insbesondere zu den Aufgaben der Arbeitskammern, ein gedeihliches (für wen gedeihliches?) Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern. Was soll man sich hierbei denken? Man braucht sich nur irgend eine Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anzusehen, um sofort zu merken, daß die den Arbeitskammern gestellte Aufgabe ein Unding ist. Der ganze Paragraph würde ganz gut als Medaillon in eine Ansprache bei einem „Verbrüderungsfest“ hineinpassen, in einem Gesetzentwurf wirkt das geradezu komisch.

Das hat man auch wohl bemerkt, denn um wenigstens etwas Greifbares zu bieten, wird als eine weitere Aufgabe der Arbeitskammern bezeichnet, „die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirk zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken.“ Wenn man die Art und Weise kennt, wie die Staats- und Gemeindebehörden schon heute — ohne Arbeitskammern — die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiter „fördernd“ und die speziellen Interessen der Arbeiter „wahrnehmend“, so braucht man kaum gespannt zu sein auf die „Förderung“ dieser Interessen durch eine Arbeitskammer, die nach einem Wahlmodus zusammengesetzt ist, der die klassenbewußten Arbeiter und tot macht. Die Behörden sind eben kapitalistisch durchdrungen bis auf die Knochen und schaden die Arbeiterfreundlichkeit aus allen Poren. Wie „segensreich“ werden sie erst arbeiten, wenn sie sich auf die Arbeitskammern stützen können, die das Bild einer Arbeitervertretung sind. Es liegt ja sehr schön, wenn es heißt, daß die Arbeits-

kammern das Recht haben, „Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten berühren, zu beraten, sowie Veranerkungen und Maßnahmen, die die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hier getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken“, aber es ist nichts damit gesagt. Ebenso inhaltslos ist auch die Bestimmung: „Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungskreises Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten“, wobei noch als erschwerender Umstand hinzukommt, daß die Beziehungen einzelner Betriebe nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden dürfen. In der Praxis heißt es also: Es dürfen allgemeine Sachen behandelt und allgemeine Wünsche geäußert werden, was schon heute mit Hilfe der Presse möglich ist, die Missstände in einzelnen Betrieben bleiben ein Kräutlein Rührnichnichtan. Hier zeigt sich so recht deutlich die weltfremde Ansichtung des getätigten Vaters dieses Entwurfs.

Das einzige Positive unter den Aufgaben der Arbeitskammern ist ihre Eigenschaft als Einigungsamter. „Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegeichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen beim zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind“, sowie ihre Befugnis, „ein Gutachten zu erstatten über den Erlaß von Vorschriften gemäß §§ 105d, 105e Abs. 1, §§ 120c, 139a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung.“ Es handelt sich hier um die Frage der Sonntagsruhe in gewerblichen Betrieben, der Dauer der Arbeitszeit in gewissen gesundheitsschädlichen Betrieben, der Beschäftigung von Behrlingen und jugendlichen Arbeitern. Der Schlusspunkt, daß sie auch ein Gutachten abgeben dürfen „über die in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse“, fällt wieder in das Recht der sozialideologischen Phrase.

## Das Schicksal des Gesetzentwurfs gegen das Bleiweiß.

Paris, den 24. Februar.

Der Gesetzentwurf gegen die Verwendung des Bleiweißes liegt bekanntlich schon seit 8 Jahren in den Akten der gesetzmachenden Körperschaften.

Schon einmal hat ihn der Senat an die Kammer zurückgeschickt, die glücklicherweise immer standhaft genug geblieben war, um die wesentlichen Grundsätze des Entwurfs aufrecht zu erhalten. Das letztemal war es am 18. Februar 1907, daß die Kammer das Gesetz annahm und an den Senat überwies.

Nun hörte man einige Monate nichts davon, dann wurde er im Oktober des Vorjahres auf die Tagessitzung der Senatsversammlung gestellt. Da zeigte es sich, daß die Herren Senatoren wohl geneigt wären, für das Gesetz zu stimmen, aber nur unter der Bedingung, daß an die armen Millionäre von Bleiweißfabrikanten eine Entschädigung gezahlt werde.

Bergebens kämpfte der Arbeitsminister Viviani mit seiner ganzen Verdienstfertigkeit gegen diese dem Staat aufzuerlegenden Millionenlast. Bergebens wies er darauf hin, daß man vor einigen Jahren die Verkaufsfreiheit des Saccharin ohne Entschädigungserhöhung aufhob.

Die Majorität sahne unbegham, sohn den Verteilungsgründen eines Ministers unzugänglich, der Gesetzentwurf dem Schicksal zu verfallen, daß alle die Arbeiterschaft schützenden Gesetzentwürfe leider vom Senat, dieser Versammlung alter Herren, zu verfallen scheinen. (Siehe Arbeiterversicherungsgesetzentwurf).

Die Kammer war fast einmütig in ihrem Beschlusse des Verbotes der Anwendung des Giftes, das den damit Beschäftigten die Eingeweide zerstört, das Augenlicht und den ganzen Organismus schwächt. Den statistischen und

wissenschaftlichen Feststellungen wagte keine Stimme öffentlich entgegenzutreten. Die Kammer hatte aber auch das Verlangen der Unternehmer auf Entschädigung scharf zurückgewiesen. Und mit Recht. Hatten die Bleiweißfabrikanten nicht längst Zeit daran zu denken (seit acht Jahren will man das Verbot beschließen), wie sie ohne große Schädigung ihrer Kapitalien die Wenderung der Produktionsmittel, die der Übergang von der Bleiweißproduktion zur Zinnoberproduktion bedingt, durchführen? Wer entshädt übrigens die dem Siechtum versallenen Arbeiter?

Anderer denken, wie schon gesagt, die Herren im Senat. Ein Senator namens Treille, ein Nachalber niedrigen Ranges, wagte sogar in einer Broschüre das Gesetz in seiner Substanz anzugehen. Eine Anzahl dieser Herren wollen es sich mit dem Bleiweißfabrikanten-Senatoren Expert-Besangon nicht verderben; sie opfern ihre Überzeugung einer persönlichen Freundschaft.

Der Senat setzte im Oktober des Vorjahres eine Kommission ein, die in den letzten Tagen mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung die Entschädigungsgewährung den Fabrikanten zusprach. Eines der Kommissionsmitglieder war durch Krankheit verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen. Dieses Mitglied, das im Plenum wohl für das Prinzip der Entschädigung stimmte, erklärte aber, daß der Entschädigungsfrage der größte Teil des Interesses gewonnen werde durch die Tatsache, daß das Verbot der Anwendung des Bleiweißes nur auf innere Anstrichfarben beschränkt werden soll.

Dass sich in einer so wichtigen Frage, wo so eminente Interessen des Staates in Frage kommen, die den Konflikt zwischen Kammer und Senat noch verlängern können, ein Senator finden konnte, der sich der Stimmenabgabe enthält, ist geradezu unerlaubt. Es ist dieses um so unerklärlicher, wenn man sich erinnert, daß derselbe Herr in der Sitzung des Plenums sagte, daß der Arbeitsminister ihn mit seinen Ausführungen überzeugt hätte, daß er Erklärungen gegen das Entschädigungsprinzip abgab. Es wäre somit seine Pflicht gewesen, seinen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Bezeichnend ist es, daß dieser Herr ein Gewählter des Seinedepartements ist, also aus demselben Departement hervorgeht, dem der famose Bleiweißfabrikant Expert-Besangon angehört. Ersterer hat mit seinem zweibettigen Verhalten eine Art Solidarität mit letzterem befunden.

Sache der Arbeiterorganisation wäre es, den Herren in wirksamer Weise den Standpunkt klar zu machen. Leider ist diese nicht kräftig genug. D. B. B. A.

### Das Kost- und Logiswesen im Handwerk.\*)

Unter diesem Titel veröffentlicht die Zentralkommission zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens die Ergebnisse einer Erhebung, die sie auf Grund von Fragebögen im Jahre 1906 veranstaltet hat. Das überaus wertvolle Material ist von Richard Galmer sehr gründlich und geschickt bearbeitet worden. Zu ganzen gingen 4284 ausgefüllte Bogen ein, die sich auf folgende 18 Betriebe verteilen: Bäder und Konditorei (247 Bogen), Fleischer (424), Bäckerei (378), Tabakware (326), Müller (172), Schneider (128), Gastwirtschaften (97), Schmiede (91), Sattler (71), Massenre und Krankenpfleger (58), Handels- und Transportarbeiter (56), Holzarbeiter (37), Schuhmacher (36), Handlungsgeschäfte (17), Buchbinderei (12), Metallarbeiter (11), Lithographen (5), Tabakarbeiter (5).

Die Zahl der berücksichtigten Betriebe betrug

4010, in denen zur Zeit der Aufnahme 13 257 inselbständige Arbeitskräfte beschäftigt waren. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten betrug 3,3 Arbeiter, woraus ersichtlich ist, daß es sich fast durchweg um kleine Betriebe handelt.

Wie wenig die Schlafräume beim Arbeitgeber in den meisten Fällen den elementarsten Anforderungen der Hygiene entsprechen, zeigt scharf die Feststellung des Luftraums. Man muß als hygienische Mindestforderung einen Luftraum von 20 Kubikmeter pro Person bezeichnen. Dieser Mindestforderung entsprachen von den 8346 darüber untersuchten Räumen nur 1443 oder 42,3 Proz. In 1401 Räumen = 41,4 Proz. kamen nur 10–20 Kubikmeter und in 542 Räumen oder 16 Proz. betrug der Luftraum pro Kopf sogar noch weniger als 10 Kubikmeter.

Dazu kommen vielfache schwere Mängel hinsichtlich der Belüftung und Belichtung, sowie der Abtropfhälften. Auch mit der Heizbarkeit sieht es sehr schlecht aus. Rund 2/3 der Räume waren nicht heizbar. Annähernd 1/3 der Schlafräume befanden sich im Keller oder auf dem Boden.

Ein Bild von der herrschenden Sauberkeit geben die Auskünfte über Bettwäsche und Handtücher. Der Arbeitgeber sagt darüber: „In 1471 Schlafräumen oder in 43,3 Prozent sämtlicher Räume mit 3293 Bewohnern (43,6 Prozent), fehlt es an den bescheidensten Anforderungen, die bezüglich der Bettwäsche und des Handtuchs gestellt werden müssen. An der ungemein häufigen Zahl von Fällen, in denen der Anspruch an 3 (Wechsel) der Bettwäsche mindestens alle 4 Wochen, des Handtuchs mindestens wöchentlich) nicht genügt wird, kann man die Unsauberkeit ermessen, die in den Schlafräumen herrscht. Der Wechsel der Bettwäsche und des Handtuchs erfolgt zu selten, wodurch eine weitgehende Unreinigkeit die Folge ist. Und bei dem häufigen Wechsel des Personals ist jeder Geschäftsführer der heute in einem sauberen Logis sich befindet, der Gehrhardt, in ein Logis verübt zu werden, wo grobe Unsauberkeit herrscht. Diese Gefährdung jeder Sauberkeit beansprucht große Aufmerksamkeit. Sie ist vom Standpunkt des Gewerbes wie von dem der Hygiene ebenso beachtenswert, wie von dem der Arbeitnehmer selbst. Es kann einem Arbeiter, der an Sauberkeit gewöhnt ist, nicht zugemutet werden, traut eines Arbeitsverhältnisses

sich gefallen zu lassen, daß er sich an Unsauberkeit gewöhnen müßt. Besonders stark hat sich die Unsauberkeit bei den Bäckern und Fleischern herausgestellt“.

Klassifiziert man die Logis unter Berücksichtigung der erwähnten verschiedenen Momente in 6 Bewertungsgruppen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der Logis	Zahl der Bewohner
Günstig	48	71
Ausreichend	190	363
Unbefriedigend	486	861
Schlecht	2023	4245
Sehr schlecht	457	1558
Menschentürrig	17	47

Es ergibt sich somit als Schlußergebnis, daß 83,9 Proz. aller in Frage kommenden Arbeiter schlecht und darunter wohnen müssen und nur 16,81 Proz. ein erträgliches bis einwandfreies Logis haben.“

Mit dieser Herausstellung einiger allgemeiner Resultate ist der Inhalt der Materialzusammenstellung natürlich nicht annähernd erschöpft. Für die Fachorgane wie für die einzelnen Parteiblätter bieten die Detailergebnisse in den einzelnen Berufen und an einzelnen Orten noch eine willkürliche wertvollen Materials, dessen Ausbeute sie sich nicht entgehen lassen dürften.

Was für Einzelbilder da enthält werden, dafür nur ein Beispiel aus dem Bäckereibetrieb in der Residenz Berlin. Dort wird aus einem Betrieb, in dem 4 Gehülfen hausen, berichtet: „Waschbütteln gibt es 2 Stück, die entweder in der Waschküche oder im Badehaus oder auch auf der Altdgrube sich befinden. In diese Waschbecken kommt sowohl die heiße Wäsche, wie auch sämtlicher Schnitt und dann wieder das Waschwasser hinein, so daß sie stets sehr schmutzig aussehen. Die Gesellen sind nach Ansicht des Berichterstatters zu saul, vor dem Waschen die Gefäße reinzuwaschen; die Waschetöpfe sehen aus, daß es am besten ist, wenn ein jeder Geselle sich eine eigene Tasse mitbringt. Wie notwendig es ist, daß auf größere Reinlichkeit geachtet wird, das zeigte sich gerade in diesem Betrieb daran, daß mit den anderen drei Gehülfen längere Zeit ein vierter zusammen arbeitete, der eine eiterregende Krankheit hatte und trotz wiederholter Auflösung der Nebenarbeiter nicht entlassen wurde. Der Geselle hatte laufende, weiterfressende und ansteckende Geschwüre im Gesicht, benutzte die nämlichen Waschbüttel, die nämlichen Tassen und gar die nämlichen Handtücher wie die anderen. Einem Gehülfen war die Sache beim doch zu eiterregend, so daß er insgesamt die Stelle verließ.“

Das bedarf keines Kommentars.

### Die Ergebnisse der Unfallversicherung im Jahre 1906.

Die Nachweisungen über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 sind fürlich dem Reichstag angegangen. Die Unfallversicherung lag in dem genannten Jahr in den Händen von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften (66 in 1905), 48 (43) land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, 205 (204) staatlichen und 822 (812) Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbahnen und 14 (14) Versicherungsanstalten zur Selbstversicherung eines Teiles der Unternehmer im Bau- und Seegewerbe. Es waren versichert: in 659 935 (837 611) gewerblichen Betrieben 8 625 000 (8 195 732) Personen, in 4 695 789 (4 658 826) landwirtschaftlichen Betrieben 11 189 071 (11 189 071) Personen und bei den staatlichen 11 189 071 Personen. Ausführungsbahnen 912 642 (857 779) Personen. Besteht man in Betracht, daß in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ca. 1 1/2 Millionen Arbeiter, die in den beiden Betriebsarten tätig sind, doppelt versichert sind, so ergibt das einen Kreis von rund 19 1/2 Millionen Personen, die von der Unfallversicherung erfaßt werden. Hierzu kommen noch die in den Versicherungsanstalten versicherten, deren Zahl nicht feststeht.

Von den 114 Berufsgenossenschaften wurden Ausgaben und Einnahmen in folgender Höhe nachgewiesen. Es wurden verausgabt:

für	1905	1906
Entschädigungen	122 760 819 M	129 169 585 M
Büroge für Verletzte innerhalb der Wartezeit	701 592	714 071
Unfalluntersuchungen u. Feststellung der Entschädigung	4 315 170	4 511 510
Rechtskosten (Schiedsgerichte etc.)	1 785 193	1 967 417
Unfallverhütung	1 840 211	1 549 783
Verwaltungskosten	11 880 185	12 635 299
Sonstige Ausgaben	1 202 642	1 245 615
Einlage i. d. Reservefonds	18 042 541	19 114 815
Gesamtausgabe	162 038 903 M	170 908 045 M
Gesamteinnahme	164 502 239 M	174 388 869 M

Der Vermögensbestand am Jahresbeginn betrug . . . 249 479 225 M 270 762 946 M

Sehr auffallend ist, daß neben den hohen Ausgaben für Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen nur etwa der dritte Teil dieser Summe für Unfallverhütung ausgegeben wurde. Vorbehend zu wirken halten die Berufsgenossenschaften offenbar für eine weniger wichtige Aufgabe. Dies unselige Verhältnis ist aber schon hinreichend erklärt, wenn wir daran erinnern, daß die Versicherten, um deren Gesundheit und Leben es sich handelt, auf die Verwaltung der Berufsgenossenschaften keinen Einfluß haben.

Die Versicherungsanstalten für das Baugewerbe, die der Eisenbau- und der Seeverkehrsgegenossenschaft berichten über

1905	1906	
Entschädigungen	1 857 996 M	1 915 166 M
Bürogebühren innerhalb der Wartezeit	1 514	2 655
Costen der Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigung, Unfallverhütung	108 428	110 562
Verwaltungskosten	471 918	481 123
Sonstige Ausgaben	961	9 029
Einlagen in Reservefonds	12 200	1 427
Gesamtausgabe	2 448 072 M	2 519 962 M
Gesamteinnahme	3 018 667 M	3 261 222 M
Vermögensbestand	11 494 712 M	12 353 496 M

Hier tritt die Aufmerksamkeit der Unfallverhütung noch krasser in Erscheinung. Für Unfalluntersuchung, Feststellung der Entschädigungen und Unfallverhütung sind nur 110 561 M verausgabt, während die Verwaltung allein

viermal so viel kostete! Der Abg. Bömelburg, Vorsitzender des Maurerverbands, hat wiederholt im Reichstag die erstaunlich hohe Zahl der Baumfälle besprochen, die lediglich wegen Mangels an Unfallversicherungsmaßregeln entstanden sind, und auf die geringfügige Tätigkeit der Gewerbeversgenossenschaften hinsichtlich der Unfallversicherung verwiesen. Selbst der Regierungsvorsteher mußte sozialdemokratischen Kritik gegeben und ist mit, die Berufsgenossenschaften seien amtlich angehoben, auf dem Gebiete mehr zu tun. Wie man sieht, ist es doch beim alten geblieben. Solange die Berufsgenossenschaftsleiter in dieser Weise die Unfallversicherungsmaßregeln als unbedeutliche Größen behandeln, haben die Unternehmer mindestens kein Recht, über das „Gefüge der Lasten“ zu räsonieren.

Dagegen haben die Arbeiter alle Ursache, aufgrund der neuesten Berufsgenossenschaftsberichte schwere Anklagen gegen das herrschende System zu erheben. Der Arbeiter findet es, deren blutiges Kapital gewaltig ausschwingt! Keine noch so hohe „Entschädigung“ — und sind in Wirklichkeit recht niedrig — kann der Verlust der gebundenen Mitgliedern oder den Witwen und Waisen keine verhältnismäßigen Erinnerer erheben. Die Unfälle haben im Berichtsjahr gewaltig zugenommen!

Es gelangten zur Anmeldung:

1905	1906
bei den Berufsgenossenschaften . . . . .	559 384
bei den Ausführungsbahnen . . . . .	46 268
bei den Versicherungsanstalten . . . . .	3 508

Also eine Zunahme der vorgelommenen Unfälle von 36 423. Trotz dieser Zunahme ist die Zahl der entstehen, also nach 18 Wochen noch nicht geheilten schweren Unfälle zurückgegangen und zwar von 141 121 im Vorjahr auf 139 726 in 1906, also um 13%. Leider haben wir keine Ursache, anzunehmen, daß dieser Rückgang einer Zunahme der leichteren Unfälle auf Kosten der schwereren zu danken ist. Ist doch die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang wiederum in die Höhe gegangen: von 8928 in 9141. Wir stehen hier vielmehr einem Ausfluss der neuwährenden mehr geübten Praxis der Berufsgenossenschaften gegenüber, die darin besteht, mit Hilfe der Beratungsärzte den unglücklichen Verlehrten die Rehabschläden oder sie ihnen ganz wegzupreisen. Weitere Anhaltpunkte für diese Zunahme bietet die Verteilung der entshädigungspflichtigen Unfälle auf die einzelnen Versicherungsgruppen. Es wurden erstmals erfaßt:

1905	1906
Unfälle auf 1000 Unfälle auf 1000	1000
überhaupt	überhaupt
haupt	haupt
sicher	sicher
Gewerb. Berufsgenossen- schaften	68 360
Landwirtschaftl. Berufs- genossenschaften	66 935
Ausführungsbahnen	5 092
Versicherungsanstalten	1 334

Hier zeigt es sich, daß der gesamte absolute Rückgang der entshädigten Unfälle einzlig auf das Konto der gewerblichen Berufsgenossenschaften zu setzen ist, während die übrigen Versicherungsgruppen eine kleine absolute Zunahme zu verzeichnen haben, allerdings gleichfalls eine relative Abnahme im Verhältnis zur Zahl der Versicherten entspricht. Offenbar haben unsere Agrarier inzwischen etwas von der Kunst der Rentenquecksilberi ihren industriellen Passengenossenschaften gelernt, und — stupellos und egoistisch wie sie nur einmal sind — üben sie diese Kunst sofort mit überlegener Meisterschaft aus. Hoffentlich wird der Erfolg der gewerblichen Berufsgenossenschaften durch viele „Erfolge“ nicht in der Weise angefeuert, daß nunmehr ein edler Wetstreit zwischen den beiden Organisationen um den Platz des niedrigsten Prozentsatzes der entshädigten Unfälle eintrete.

Was die Unfallfolgen anbelangt, so ergeben die einmal veröffentlichten Nachweisungen zusammengefaßt in den früheren folgenden Bild. Es wurden in den genannten Versicherungsorganisationen (mit Ausnahme der Versicherungsanstalten des Baugewerbes usw.) festgestellt

Davon hatten zur Folge:

entshädigte	Dauernde Erwerbs- vorüber- gehende			
Unfälle	Tod	völlige	teilw.	Erwerbs-
		unfähigkeit	unfähig-	unfähig-
1901	116 089	8359	1416	54 840
1902	119 901	7842	1286	55 264
1903	127 947	8286	1517	58 129
1904	136 126	8552	1578	62 583
1905	139 787	8757	1476	63 580
1906				

Während also die Zahl der tödlichen Unfälle in den Staatsbetrieben nur um ein Geringes überwiegt, ist die der mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit verknüpften über fünf mal so groß wie bei den Berufsgenossenschaften. Dagegen sind die Fälle dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit bei den letzteren nicht unerheblich, die der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit sogar bedeutend größer als bei den ersteren. Es kann hier nicht die Rede sein von einer so großen tatsächlichen Verschiedenheit der Unfallfolgen, sondern es beweist dies nur, daß die Verwaltungsmaximen der staatlichen Versicherungsbehörden immer noch etwas arbeiterfreundlicher sind als die der Unternehmengenossenschaften. Um so dringender erhebt sich die Forderung nach einer gründlichen Änderung dieser letzteren.

## Wirtschaftliche Rundschau.

## Neue Panik in Dänemark — Deutsche Eisenproduktion und Kleineisengewerbe — Die Lage in Amerika — England: Schiffbau, Arbeitslosenziffern und Kupfer — Der Getreidemarkt.

Der internationale Abstieg vollzieht sich stufenweise weiter. Hier und da erzeugt er sogar immer wieder eine wahre Panik. So z. B. in Dänemark, wo zunächst die Grundbesitzerbank ihre Zahlungen einstellen mußte und wo alsdann eine Reihe anderer Finanzinstitute ihr folgten, vor allem die Detailhändlerbank, ferner das Haus Hermann Meyer u. Co. Schließlich übernahmen der Staat und fünf Großbanken, je zur Hälfte, Garantie für Erfüllung aller Pflichten der Grundbesitzer- und Detailhändlerbank; im Folketing stimmten sämtliche Parteien, außer den Sozialdemokraten, dieser staatlichen Beteiligung an der Hülfaktion zu, so daß eine gewisse Verhübung zurückführte.

Für Deutschland und Luxemburg liegen jetzt die Januarziffern der Stahlereien erzeugung vor. Sie zeigen, zum ersten Male seit dem Frühjahr 1905, einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres: Januar 1908 insgesamt 1 061 329 Tonnen, gegen 1 062 152 Tonnen im Januar 1907 (und 1 106 375 Tonnen im unmittelbar vorangegangenen Dezember 1907). Die seit März 1905 bis Dezember 1907 jedesmal den Vorjahrmontat überholende Produktionskurve zeigt hier also nunmehr unverkennbar eine abwärts sinkende Richtung. Die gleichen Nachrichten gehen vom Stahlwerksverband ein. Dessen Januarverband 1908 zeigt gleichfalls wesentlich schlechtere Ziffern wie der Januar 1907: diesmal in Produkten A 383 056 Tonnen. Nur der Absatz von Eisenbahnmaterial bietet günstigere Züge. Fast alle in Frage kommenden deutschen Eisenbahnverwaltungen haben ihre Lieferungsverträge abgeschlossen, unter anschaulicher Steigerung der Abschlussmengen gegen früher. Da, besonders für Halbzeug, weitere Preiserhöhungen erwartet wurden, so bestellen die privatindustriellen Verbraucher höchstens kleine Posten für den drängenden Augenblicksbedarf, so daß der Verband sich in der Presse framphhaft bemüht, die Lage rosiger erscheinen zu lassen, als sie offenbar ist, nur um die Bauderftaftik der Abnehmer zu erschüttern. Auch der Rückgang des Stahlverbrauches läßt auf das Abschauen in der Eisenproduktion rückschließen. Neben aus stark zeigt sich die rückläufige Konjunktur in dem Kleineisen gewerbe, vor allem in denjenigen Zweigen, die in großen Mengen exportieren, wobei abermals die Stockung der amerikanischen Bestellungen eine Hauptrolle spielt.

der amerikanischen Bestellungen eine Hauptrolle spielt. Dass große Teile der deutschen Textilindustrien, ferner der Porzellanfabrikation diese amerikanische Krise schon seit geräumer Zeit, mitunter recht bitter, fühlten, erwähnten wir bereits früher. An einen raschen Umschwung jenseits des Atlantischen Ozeans ist jedoch kaum zu glauben. Dass drüben die Hochöfen um Weihnachten herum nur zu 20 Prozent in Betrieb waren, jetzt aber 45 bis 50 Prozent der Erzeugnissfähigkeit erreichen, ist um so weniger ein Trost, da hinter der Vermehrung mehr die leichteren Geldbeschaffungen wie reale Auftragssteigerungen stecken. Im Gegenteil, was an wirklichen Aufträgen vorlag, soll höchstens über ein paar Wochen hinweghelfen. Gerade die Eisenbahnen, auf die alles ankommt, bestellen weder Schienen noch Wagen, da sie zunächst weder größere Anleihe-, noch Aktienbeträge unterzubringen vermögen. Selbst Preisherabsetzungen, denen jedoch die rücksichtslos brutalen amerikanischen Eisenindustriellen-Verbände lieber die volle zeitweise Stillsetzung der Werke vorziehen, bringen keinen Wind in die Segel. Der Pittsburger Correspondent der „Voss. Ztg.“ sieht deshalb die nächste Zukunft sehr schwarz und glaubt nicht an eine so rasche Umkehr zum Besseren wie 1903/04: „Capital und Labor Unions stehen sich so schroff gegenüber, daß es kaum anzunehmen ist, daß das Capital den so günstigen Augenblick vorübergehen lassen wird, die Löhne zu „readjustieren“. Wohin man blickt, stößt man auf solche Widersprüche, die sich aber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen. Die Produktion ist so stark beschritten und nach

lassen. Die Produktion ist so stark beschnitten, und doch schließen, besonders an den Oberen Seen, die neuen Stahlwerke wie die Wilze aus der Erde. Auch die Eisenerzfrage ist eine ernste und wird mit Beginn des Frühlings akut werden, wenn die Erzschiffahrt auf den Oberen Seen möglich ist. Letztes Jahr brach die Erzgussbeute alle Rekorde, aber die Produktionsbeschränkung des Eisens in diesem Winter hat ungeheurem Üblagerungen von ungebrauchten Erzen auf den Docks und in den Eisenwerken zur Folge gehabt. Welche Konsequenzen wird dies besonders für die Erzpreise haben? Diese Frage ist eine der ernstesten, denn am Ende hängt der ganze Eisenbetrieb vom Preise des Erzes ab. Und je näher der Frühling heranrückt, desto drängender wird die Erzfrage und desto eiliger ihre Beantwortung. So ist denn in der Eisenindustrie alles schwankend." Nicht einmal die Finanzkrise im engeren Sinne hat alle ihre ersten katastrophalen Begleiterscheinungen verloren. Die letzten Wochen brachten von neuem lebensgefährliche "Abrechnungen" an den Börsen, in erster Linie wieder in Stahlaktien, die vereinst mit dem Sturze des Heinzringes die ganze Generalabrechnung einleiteten. Neue Zahlungsstopfungen und Bankrott waren zu verzeichnen: der dem Eisenkönig Charles W. Morse nahestehenden Banken, der Orient Bank in New York, der Detroit-Toledo-Fronton Eisenbahn, der Mutual Reserve Lebensversicherungsgesellschaft; große Defraudationen stellten sich bei der New York und New-Jersey Telephonegesellschaft heraus; das Arbeits-Staatsdepartement weist für Ende Dezember 1907 innerhalb der Gewerkschaften der Stadt New York eine Arbeitslosigkeit von 34,2 Prozent nach, gegen 12,8 Prozent an demselben Tage in 1906, 6,7 Prozent in 1905 und 17,8 Prozent in 1904 (auf Grundlage von 92 Organisationen mit zusammen 68.120

Mitgliedern und 22 627 Beschäftigungslösen). Für den Gesamtstaat New York sind erst die Ziffern für Ende September veröffentlicht, also für die Zeit vor der Oktoberfinanzkrise. Dabei zeigt sich, daß der Wurm schon länger im Holze bohrte; wesentlich durch das Abschlauen im Baugewerbe stand schon Ende September die staatliche Arbeitslosenziffer auf 10,7 Prozent (gegen nur 5,7 Proz. in 1906 und 4,9 Prozent in 1905), so daß man bis zum Jahre 1900 zurückgehen muß, um auf eine ähnliche Depression zu stoßen. Seitdem hat jedoch der eigentliche Absturz erst eingesetzt!

Wie wenig erfreulich die Dinge in England liegen, geht schon daraus hervor, daß die Unternehmerversuche, die Löhne herabzubringen, zusehends wachsen. Da ein solcher Versuch im Schiffss- und Maschinenbau der Nordostküste soeben einen großen Lohnkampf entfesselte, so sei der Lage des englischen Schiffbaues eine kurze Ausführung gewidmet. Schon das Gesamtjahr 1907 ergab hier für alle fertiggestellten (Handels- und Kriegs-) Schiffe eine Verminderung um 194 428 Tonnen gegen 1906, das allerdings ein Rekordjahr bildete. Ohne die Kriegsschiffe war der Stückgang noch wesentlich größer, nämlich 220 453 Tonnen. Die „Labour Gazette“ gibt folgenden Überblick über das Auf und Ab der letzten fünfzehn Jahre:

Im Jahre	Fertiggestellte Schiffe (ohne Kriegsschiffe)		Kriegsschiffe Tons (Displacement)
	Großtons		
1893	836 383		45 898
1894	1 046 508		32 971
1895	900 967		148 111
1896	1 159 751		163 958
1897	952 486		95 465
1898	1 367 570		191 555
1899	1 416 791		168 590
1900	1 442 471		68 364
1901	1 524 739		211 969
1902	1 427 558		94 140
1903	1 190 618		151 890
1904	1 205 162		127 175
1905	1 623 168		129 801
1906	1 828 343		108 450
1907	1 607 890		134 475

1907	1 607 890	134 475
<p>Die Werften an der Nordküste (Thyne, Wear, Tees, Hartlepool), die bei dem jetzigen Lohnkampfe vor allem in Frage kamen, beschäftigten zuletzt in normaler Zeit 45 000 Mann, sie arbeiteten jedoch schon vor dem Wuststandsbeginn mit einem Viertel weniger, mit etwa 34 000 Mann. Schon Ende Januar hatten die an das Handelsamt berichterstattenden britischen Schiffsbauwerke bei 58 424 Mitgliedern 15,1 Prozent Arbeitslose, gegen 8,8 Prozent Ende Januar 1907. — Ein ähnliches, obwohl nicht so schlimmes Bild gibt die „Labour Gazette“ für den Durchschnitt der englischen Trade Unions. Ende Januar stand der Arbeitslosenprozentstab: 1908 6,2 Proz., 1907 dagegen nur 4,2 Prozent. Die englischen Stobenpreise, noch mehr wie bei uns, wo Syndicate allzu große Schwankungen zu vermeiden suchen, der Gradmesser der Konjunktur, schlagen heftig nach unten zurück. Standardfußper, das in London 1907 zeitweise über <math>110\frac{1}{2}</math> Pfld. Sterl. pro Tonne erreicht hatte, notierte am 19. Februar wenig über <math>56\frac{1}{2}</math> Pfld. Sterl., also unter dem Durchschnittsstand aller Jahre rückwärts bis 1899, lediglich das Sonderjahr 1902 ausgenommen.</p>		

der Jahr 1902 ausgenommen. Stark zurückgegangen sind bei uns nun mehr die Getreidepreise, besonders unter den raschen und starken Zufuhren aus Argentinien. Maiwälzen erreichte in Berlin seinen Höchststand am 4. Januar mit  $229\frac{3}{4}$  M., er stand am 15. Februar 210 M., am 22. Februar 203 bis 204 M. Mairoggen am höchsten am 2. Januar mit  $216\frac{3}{4}$  M., am 15. Februar  $203\frac{1}{2}$  M., am 22. Februar  $195\frac{1}{4}$ — $196\frac{1}{2}$  M. Wehntlich die Londoner Weizennotierung, die in diesem Jahre (pro Quarter Gazette Average, von 480 lb.) bis auf  $35\frac{1}{2}$  Schilling emporgegangen war (Höchststand 1907 im Oktober sogar  $36\frac{1}{4}$  Schilling) und am 19. Februar auf  $33\frac{1}{2}$  Schilling lautete.

Berlin, 28. Februar 1908. Max Schipper.

## Die 6. Hauptversammlung unserer österreichischen Brudergesellschaft.

Vom 16. bis 19. Februar d. J. tagten in Wien unsere österreichischen Kollegen, um auf die verflossene kampfreiche Berichtsperiode einen Rückblick zu werfen, hauptsächlich aber, um für die Zukunft weite Wege zu ebnen und Massen zu schmieden zur Weiterentwicklung des Verbandes. Diese Aufgabe hat der Verbandstag, um es gleich vorweg zu betonen, in bester Weise gelöst und mit hoher Befriedigung werden unsere dortigen Kollegen auf diese Tagung zurückblicken können, die ihre Organisation fester auf die Grundlage einer modernen Arbeiterorganisation aufbaute und so von neuem mit dazu beitrug, um die Massen der Berufskollegen an die Fahne des Verbandes zu leiten.

zu liefern.

Die Hauptversammlung wurde am Sonntag den 16. Februar, vormittags 10 Uhr durch den Verbandsvorsitzenden Kollegen Maier mit einer wortprächtigen Rede eröffnet, worauf die Liedertafel der Maler und Anstreicher Wiens ein Begrüßungsspiel in temperamentvoller Weise vortrug. Anwesend waren 55 Delegierte; von ausländischen Brudergesellschaften hatten Deutschland Kollegen Maier, Dänemark Kollegen Poulsen und Ungarn Kollegen Berger entsendet. Namenlos der Gewerkschaftskommission Österreichs wohnten die Genossen Nader und Schachner den Verhandlungen bei. Nach Konstituierung des Bureaus und nachdem die Tagesordnung festgesetzt und die Wahlen in die Mandatsprüfungskommission vorgenommen waren, erstattete Kollege Maier den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. In großen Zügen schilderte er die Entwicklung der Organisation in den letzten Jahren in Wien und in den Provinzen und gab ein übersichtliches Bild über die Taktik und Gewerkschaftspolitik, die in der zurückliegenden Kampfperiode angewandt wurde. Die Organisation hat seit dem letzten Verbandstage trotz der sich immer mehr verschlechternden Konjunktur im Baugewerbe gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1906 von 3602 auf 4661 und im Jahre 1907 auf 5026 gestiegen. Es wurden im Jahre 1907 um 30 878 Beiträge mehr eingezahlt als im Vorjahr. Ein starkes Hemmnis für die Entwicklung des Verbandes bildet die nationale Berislitterung Österreichs, die die Agitation nicht nur erschwert, sondern insbesondere die Vermehrung riesig verteuert. Seine Drucksachen soll in fünf oder sechs Sprachen herausgegeben werden. Die Korrespondenz muss immer erst übersetzt werden, was wieder sehr zeitraubend ist. Dies aber nos grünste Kindernia hilft, ist

die Bersplitterung der Verbandsorganisation in viele ganz kleine Bahlstellen, hervorgerufen dadurch, daß Oesterreich fast durchwegs nur kleine Städte hat, in denen selbst in der Saison nur ein paar Dutzend Kollegen beschäftigt sind. Solche Bahlstellen hängen ganz von dem Funktionieren einzelner Personen ab, sobald diese die betreffende Stadt verlassen oder nicht mehr mitarbeiten, hat auch das Fortbestehen dieser Bahlstellen aufgehört. Dabei ist aber die Organisation dieser Kollegen unbedingt notwendig, weil es sonst unmöglich wäre, in den großen Städten verbesserte Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und weil ja gerade aus den kleinen Städten sich der Zuzug nach den großen verfrüht.

Die fünfte Hauptversammlung hat zwar versucht, eine Form der Organisation zu finden, die diesen Uebelständen wenigstens einigermaßen steuern sollte, indem sieben Agitationsbezirke, die durch ihre Komitees auch die Organisation überwachen und kontrollieren sollten, geschaffen wurden. Sollte ein solcher Agitationsbezirk 500 vollzahlende Mitglieder haben, so sollte vom Verband ein besoldeter Angestellter die Geschäftsführung übernehmen. Diesem Beschlussh entsprechend wurde für den Agitationsbezirk Nieder-Oesterreich ein Kollege angestellt. Die anderen sechs Agitationsbezirke hatten jeder einzelne die Zahl von 500 Mitgliedern nicht erreicht. Trotzdem wurde versuchtsweise in jenen zwei Agitationsbezirken, in denen am ehesten die Zahl von Mitgliedern erreicht werden konnte, das ist das industriell hochentwickelte Deutschböhmen und der Agitationsbezirk Tschechischböhmen mit seiner Hauptstadt Prag, in der allein 500 Mitglieder gewonnen werden konnten, je ein Kollege angestellt. Die Erfolge mit diesen Anstellungen waren aber sehr gering, so daß sie in gar keinem Verhältnis zu den aufgebrauchten Mitteln stehen. Der Verbandsvorstand hat darauf versucht, in ähnlicher Form wie in Deutschland durch Zusammensiedlung territorial günstig gelegener Zahlstellen, größere Ortsgruppen zu schaffen, und den Versuch mit solchen großen Ortsgruppen in Wien, Karlsbad, Prag und Graz gemacht. Dadurch hat sich die Verwaltung gebessert, jedoch ist auch durch diese Form der Organisation in den Bezirken (mit Ausnahme Wiens, das vom Agitationsbezirk Nieder-Oesterreich getrennt wurde, keine Ortsgruppe auf 500 Mitglieder gestiegen. Trotz dieser mißlichen Verhältnisse, die dadurch entstehen, weil fast nirgends im Reich eine höhere Zahl von Kollegen an einem Orte angehäuft beschäftigt und die Fluktuation der Kollegen eine überaus große ist, dazu die ausnahmsweise schlechte Baukonjunktur, hat die Verbandsorganisation im allgemeinen große Fortschritte auf allen Gebieten, an Mitgliedern, an Zahlstellen und finanziellen Erfolgen aufzuweisen.

Die Zahl der Ortsgruppen und Zahlstellen hat sich in der Berichtsperiode von 58 auf 100 vermehrt und das Verbandsvermögen hat sich mehr als verdoppelt.

Nach Agitationsbezirken verteilen sich die 5026 Mitglieder des Verbandes wie folgt: Deutschland 219, Sachsen 156, Ober-Österreich und Salzburg 152, Tirol und Vorarlberg 283, Steiermark und Kärnten 263, Niederösterreich und Galizien 280, Wien 400, 2819

2648.  
In den Jahren 1906 und 1907 wurden vom Verband 33 Lohnbewegungen durchgeführt, von denen 22 mit Abschluß eines Kollektivvertrages erfolgreich endeten. Drei Bewegungen verliefen ohne Erfolg, bei acht erzielten die Kollegen wohl Erfolge, jedoch kam es zu keinem Tarifabschluß. Zu Streiks führten die Lohnbewegungen in 17 Fällen und in 6 Fällen kam es zu Aussperrungen. Der umfangreichste, das heißt die meisten Kollegen umfassende Kampf war die Aussperrung in Wien. Von den 4407 Beschäftigten waren durch die Aussperrung 2854 gezwungen zu feiern. Diese Aussperrung umfaßte nicht nur die Maler und Anstreicher, sondern auch die Arbeiter aller Baugewerbe in Wien. Nach vier Wochen Aussperrung waren die Unternehmer gezwungen, einen Kollektivvertrag für beide Branchen mit dem Verbande abzuschließen. Der aufreibendste Kampf wurde in Innsbruck geführt und dauerte volle 14 Wochen, endete dann mit einem vollen Erfolge, ja die Arbeitgeber waren gezwungen, um 6 Heller mehr vertragsmäßigen Mindestlohn zu zahlen als bei Beginn des Kampfes von den Kollegen gefordert wurde. In Linz standen die Kollegen durch sieben Wochen im Streik; derselbe endete mit einer Niederlage. Erhöht waren auch die Kämpfe in Prag, St. Pölten, Neunkirchen und Nesseldorf. Zum ganzen waren im Jahre 1906 443, im Jahre 1907 209 Streitäge. An Streitunterstützung wurden im

Jahre 1907 9090,79 Kronen ausbezahlt.  
Redner ging sodann auf den Kampf gegen die Verbreitung von Bleifarben ein; der von der Organisation energisch geführt wird und auch schon bekanntlich gute Erfolge zeitigte. Aufgabe der Organisation wird es sein, mit aller Wacht dafür zu sorgen, daß ein Verbot resp. vorläufig notwendige Verordnungen erlassen werden, damit die Kollegen dieser schweren Vergiftungsgefahr nicht mehr schutzlos ausgesetzt sind.

Zum Punkte Agitation führte der Vorstehende noch aus, daß die meisten Gründungen von Ortsgruppen oder Wahlstellen durch den Verbandsvorstand erfolgt sind. So wurde die große Ortsgruppe in Triest konstituiert, die das Stadtrat zur Organisation des Küstenlandes bilden soll. Ebenso gelang es im Fassatalie die Fassauer Wandermaler durch Gründung einer Wahlstelle dauernd an den Verband zu fesseln. Vom Verbandsvorstand wurden im Jahre 1906 sechs, im Jahre 1907 drei Agitationstouren unternommen, die günstige Resultate brachten; dabei war es auch möglich, eine Reihe von Ortsgruppen zu inspizieren und den Kollegen der Leitungen Ratschläge zu erteilen. Daß man auch bei ausgesprochen schlechter Konjunktur mit Erfolg agitieren kann, zeigen Tirol, Nieder-Österreich und Wien deutlich. In Wien waren in den Berichtsjahren um mehr als tausend Kollegen weniger beschäftigt als im Kampfjahr 1905, trotzdem ist die Organisation gewachsen. Die Scheigerung der Mitglieder im Küstenland ist auf die

Gründung der Ortsgruppe Triest zurückzuführen.  
Durch die Art und Weise, schloß Kollege Maier seine mit großem Beifall aufgenommenen Stechenschaftsbericht wie Agitation, Organisation und Werkstättenvertrauensmänner-System durchgeführt wurden, ist es möglich gewesen, trotz der immer schlechter werdenenden Konjunktur die Organisation in jeder Hinsicht zu stärken und zu erfüllen um sie den kommenden schweren Kämpfen gewadten entgegenzustellen zu können. Wenn auch vielleicht mancher Wunsch unerfüllt geblieben ist, so hat doch der Vorstand sein Möglichstes für die Ausgestaltung des Verbandes ge-

tan und wie aus dem gedruckten Bericht zu ersehen, nicht ohne Erfolg.

Den Kassierbericht erstattete hierauf Kollege Kompaß. Am 31. Dezember 1907 befugt der Stand der Hauptkasse 48 075,30 Kronen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Organisation und Taktik, hatte Kollege Maier das einleitende Referat übernommen. Dieser Punkt, unstrittig der wichtigste dieses Verbandsstages, nahm auch das volle Interesse aller Anwesenden in Anspruch. Die rege Diskussion stand allgemein auf hohem Niveau, alle feinlichen Momente schieden aus und mit Genugtuung können wir konstatieren, daß von den Delegierten die Situation klar erkannt wurde und über das Vorzeichen des Verbandes in der nächsten Zeit eine allseitige Eintrümmigkeit zum Ausdruck kam. Die vom Verbandsvorstand hierzu unterbreitete Resolution fand einstimmige Annahme. Für die Einführung der Einheitsmarke sprach sodann der Kollege Maier, um die Mitglieder zu einer einheitlichen Beitragsleistung heranzuladen zu können. Nachstehende Anträge gelangten zur Annahme:

Die Einhebung des Widerstandsfonds sowie der Delegationsbeiträge durch eigene Einigungsmärkte wird abgeschafft.

Der Wochenbeitrag der Mitglieder beträgt durch 35 Sonnenwochen, das ist von der ersten Woche im Monat April bis zur ersten Woche im Monat Dezember 50 Heller, in den übrigen 17 Winterwochen 20 Heller.

Die Ortsgruppen und Verbandszahltstellen haben per gezahlten Sommerbeitrag 40 Heller, per gezahlten Winterbeitrag 14 Heller an die Hauptkasse des Verbandsvorstandes abzuliefern.

Davon hat die Hauptkasse des Verbandes an die Hauptkasse der freien Organisation per Sommerbeitrag 10 Heller, per Winterbeitrag 3 Heller abzugeben.

Da sich die Einteilung in sieben Agitationsbezirke nicht bewährt hat, sind die einzelnen Agitationskomitees aufzulassen. Die Ortsgruppen und Zahlstellen einzelner Länder oder Landesteile sollen sich je nach Zweckmäßigkeit zu einer Ortsgruppe zusammenschließen, die in der Landes- oder Kreishauptstadt ihren Sitz hat.

Betrifft Einführung der Arbeitslosenunterstützung, erklärte Kollege Maier, im Prinzip selbstverständlich für diesen Unterstützungsweig zu sein. Mit Rücksicht jedoch auf die Kämpfe, die der Organisation möglicherweise in den nächsten Jahren noch bevorstehen, halte er den Zeitpunkt für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für recht ungünstig. Zu dem sei es nicht angebracht, bei der jetzigen Konjunktur eine so bedeutende Beitragserhöhung vorzunehmen, wie sie durch diese Unterstützung notwendiger Weise gefahren müsste. Nach lebhafter Debatte wurde auch die sofortige Einführung abgelehnt, erst nach Beendigung der großen Lohnkämpfe wird sich der Verband weiter mit dieser so wichtigen Frage beschäftigen.

Heber, Dr. Rauhen und Steuben erörterten die Frage, ob Kollege Wittke ein eingehendes Referat. Besonders betonte er die Notwendigkeit einer scharferen Kontrolle, um zu verhindern, daß an nichtbezugsberechtigte Mitglieder Unterstützungen ausbezahlt werden. Die vom Referenten näher detaillierten Bestimmungen gelangten analog unserem Statut zur Annahme. Die Unterstüzungshöhe bei der Kreisunterstützung werden wie folgt festgelegt:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft 20,-, durch 28 Tage 70,-

" 2 " " 80,- 42,-

" 4 " " 1,- 56,-

" 6 " " 1,10,- 70,-

" 8 " " 1,20,- 84,-

Die Kreisunterstützung beträgt pro Kilometer 2 Heller. Auf einmal ausbezahlt werden darf nur für höchstens 150 Kilometer. Die Gesamthöhe der Kreisunterstützung beträgt im Jahre:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft 20 Kronen

" 3 " " 25,-

" 5 " " 30,-

Das Kapitel „Massregelung“ ist wie überall, auch hier ein minder Punkt. Es wurde darauf hingewiesen, daß trotz der Ernährungen manche Kollegen nicht hören, auch nicht verstehen, richtig zu agitieren und so immer wieder hinausfliegen, ohne etwas zu erreichen. Zur Frage selbst wurde folgender Beschluss gefasst: „Massregelung ist derjenige, der im Auftrage der Organisation in einer Werkstätte etwas unternimmt und zweifellos wegen dieser Tätigkeit entlassen wird. Die Unterstützungsduauer beträgt vier Wochen lang je nach Lohn 12 bis 16 Kronen. Die Untersuchung jedes einzelnen Falles, ob eine Massregelung vorliegt, fällt jeder örtlichen Organisation zu, die Entscheidung dem Verbandsvorstand. Sollte eine Ortsorganisation mit dem Entscheide nicht zufrieden sein, so ist Beschwerde beim Verbands-Schiedsgericht zu erheben.“

Heber, Dr. Rauhen gegen die Bleihaltigen Farben erstattete Kollege Böhm einen recht ausführlichen Bericht und beantragte die Annahme nachstehender Resolution:

„Der Verband der Maler, Anstreicher, Lackierer und der verwandten Berufe in Österreich wird sich mit allen Kräften bemühen, zu verhindern, daß noch weiter im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe bleihaltige Farben verwendet werden. Solange die Verwendung solcher Farben behördlich nicht vollständig unterlaut ist, ist für Bleihaltige und Arbeiten mit anderen Bleifarben ein Lohnauschlag von 10 bis 15 Prozent zu verlangen. Die Regierung wird aufgefordert, den Erlass über den Verkehr mit Farben, Firniissen und Lacken, Fritten sowie die Vorrichten zum Schutz der Gesundheit der im Gewerbe beschäftigten Personen, die im Sommer 1907 der Organisation zur Begutachtung ausgetragen ist, mit den von der Arbeiterschaft gewünschten Änderungen — also mit einem unbedingten Verbot der Verwendung von Bleifarben zu Innenaufstrich und der Deklarationspflicht — in ihrem vollen Umfang zu publizieren, und zwar so, daß dieser Erlass noch in dieser Saison in Kraft tritt.“

Die Position der sozialdemokratischen Abgeordneten wird erfuht, daß sie zu wünschen, daß der von ihr eingebrachte Gesetzentwurf über die Verwendung von Bleiweiß möglichst bald Gesetzestraft erlangt. Die Regierung wird auch erfuht, über den Erlass des Miniums durch bleifreie Farben und Stoffschutzmittel Versuche im großen anstellen zu lassen.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Außerdem fanden noch Annahme die Anträge:

1. Das tschechische Organ „Odborný list“ erscheint nun beständig.

2. Der Vorstand wird beantragt, mit anderen Verbänden sich zwecks Herausgabe eines italienischen Fachmagazins in Verbindung zu setzen.

3. Zur besseren Kontrolle, ob ein Mitglied seine Beiträge richtig bezahlt hat, wird eine Kontrollkarte eingeführt.

Bei den nun folgenden Wahlen wurden gewählt:

In den Verbandsvorstand die Kollegen: Josef Maier, Obmann, Böhmer, Obmannstellvertreter, Böhm, Sekretär, Witte, Kassierer, Kompaß, Rechnungsführer, Heber, Schriftführer und Stürzer, Bibliothekar. In die Kontrolle wurden die Kollegen Hieber, Müller, Sporer, Marcon und Empfänger gewählt, in das Schiedsgericht die Kollegen Preiss, Delsing, Koslik, Bangl und Monzeder.

Damit hatte die arbeitsreiche Tagung in später Nachtstunde ihr Ende gefunden. Noch einen warmen Appell richtete der Vorsitzende an die Delegierten, dankte für das Erscheinen der auswärtigen Vertreter, die gleichfalls dem öster. Brüderverband die besten Erfolge in seinem weiteren Streben wünschten. Arbeit für alle Kollegen ist reichlich vorhanden. Nach den Erhebungen des arbeitsstatistischen Amtes des k. k. Handelsministeriums sind in Österreich ca. 16 000 Maler, Anstreicher und Lackierer beschäftigt. Da der Verband erst 5026 Mitglieder hat, steht der Agitation noch ein sehr großes Feld der Bearbeitung zur Verfügung. Die Freiwilligen 685 President der tätigen Kollegen der Organisation anzuführen, möge die hohe Aufgabe unserer österreichischen Verbandskollegen sein.

## Lohnbewegung.

Blankensee. Wegen Nichtzahlung des fälligen Lohnes ist die Werkstätte des Malermeisters L. Wielert in Blankensee gesperrt. Die Kollegen werden erucht, dort nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Sache ge regelt ist.

Die Schwabmälerei in Niel sperrten 60 Prozent der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter aus, weil ein Teil der Arbeiterschaft in den Streik getreten war. Unter den Ausgesperrten befinden sich 18 Schiffsmaler.

Aus dem 2. Bezirk. Die von dem Landesverbandsvorstand für Hessen und Hessen-Nassau seiner Zeit angekündigte Grundlage für einen allgemeinen Tarif ist nunmehr am 19. Februar eingetroffen. Sie enthält nur allgemeine Bestimmungen eines Tarifs, während die Arbeitszeit, Lohn Höhe, Vergütung für Nebenstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Lohnzahlung und Vergütung bei Landarbeit örtlich geregelt werden soll. Mit diesem Tarifentwurf traf gleichzeitig ein Schreiben ein, worin die Landesverbandsvorstände von Baden, Hessen, Hessen-Nassau und der Pfalz zu einer Sitzung nach Mannheim, die Bezirksleiter des 2. und 6. Bezirks einzuladen. Die Sitzung hat nun am 21. Februar stattgefunden, jedoch ist ein abschließendes Resultat nicht erzielt worden. Es wurde vereinbart, dem Bezirksleiter Gelegenheit zu geben, sich erst mit den Kollegen im Bezirk zu verständigen, als dann soll eine weitere Sitzung stattfinden. Die Verhandlungen in den einzelnen Orten sollen so lange ruhen, bis die allgemeinen Verhandlungen beendet sind. In Orten, wo am 1. März der Tarif abgelaufen ist, gelten selbstredend die alten Vereinbarungen so lange weiter, bis etwas anderes vereinbart wird.

Die Verhandlungen mit den Landesverbandsvorständen nahmen am 28. verg. Monats in Mannheim ihren Fortgang und dauerten von 11 bis 7½ Uhr mit einstündiger Unterbrechung. Auf das Resultat — das ausgearbeitete Vertragsmuster — kommen wir noch zurück. Es sollen nunmehr die örtlichen Verhandlungen einsetzen über die Punkte, die im Vertrag als örtlich zu regeln bezeichnet sind. Bis zum 18. März sollen die örtlichen Verhandlungen beendet sein. Alsbald werden die gemeinsamen Verhandlungen fortgesetzt, unter Hinzuziehung von Vertretern der strittigen Punkte. Von unseren Bezirksleitern wurde betont, daß die Verhandlungen nur dann zum Abschluß eines so umfassenden Landesvertrages führen können, wenn die Unternehmer in der Lohnfrage und Arbeitszeit Zugeständnisse machen“. Bei den bereits zum Abschluß gekommenen Tarifverträgen mit den Arbeitgeberverbänden wurde überall ein Entgegenkommen gezeigt, sodass zu hoffen ist, auch im 2. Bezirk im Interesse beider Teile zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Lohn- und Arbeitstarif für das Maler- und Anstreicher-Gewerbe von Goslar und Umgebung. Zwischen dem „Gauverband Norddeutschland Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe“ (Sitz Hamburg) einerseits und dem „Verband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands“ (Sitz Hamburg) andererseits ist für den Innungsbezirk Goslar a. S. ein Tarifvertrag vereinbart worden, der u. a. folgende Bestimmungen enthält: Die Arbeitstage dauert 10 Stunden täglich. Vom 1. Oktober bis 1. April bleibt die Regelung der verkürzten Arbeitszeit der freien Vereinbarung überlassen. Die Lohnzahlung geschieht wöchentlich am Sonntagnachmittag. Eine halbe Stunde nach Schluss der Arbeitszeit muß der Lohn in den Händen des Gehälfen sein. Die etwaige weitere Wartezeit gilt als Nebenstunde. Am Oster- und Pfingstsonntag endet die Arbeitszeit um 4 Uhr. Lohnabzug findet in beiden Fällen nicht statt. Als Nebenstunden gilt die Zeit von 6½ bis 10 Uhr abends, als Nachtstunden die Zeit von 10 Uhr abends bis 6½ Uhr morgens. Bei Nachtarbeit tritt nach je 8 Stunden eine ½ stündige Pause ohne Lohnabzug ein. Als Feiertage gelten außer den beiden Tagen der hohen Feste der Neujahrs-, Himmelfahrts-, Pfingst- und der Charfreitag. Der Lohn beträgt ab 1. März 1908 43,-, ab 1. Januar 1909 46,- pro Stunde. Nebenstunden werden mit 10,-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden mit 20,- Lohnauschlag auf den vereinbarten Lohn berechnet. Mit einem geringeren als dem vorstehenden Lohn darf kein Gehälfte und auch kein mit Maler- und Anstreicherarbeiten fast ausschließlich beschäftigter Arbeiter entlohnt werden. Anlassend ist bei Arbeiten von Hängestellage, englischen Böden und sonstigen nicht feststehenden Gerüsten 10,-, sowie bei Arbeiten von Leitern in einer Länge von mehr als 10 Metern ein Aufschlag von 5,- pro Stunde zu berechnen. Als Altararbeiten findet nicht statt. Das Vorankommen in der Werkstatt vor Beginn der festgestellten Arbeitszeit ist nicht gestattet. Eine jeden-

zeitige Rüstigung ist ausgeschlossen. Der Arbeitgeber hat auf allen Arbeitsstätten zwecks notwendiger Reinigung für Waschzuschirm und Seife zu sorgen. Der Arbeitgeber hat nach Möglichkeit für verschließbare Räume zum Aufbewahren der Kleidungsstücke zu sorgen. Nach allen Arbeitsstätten, wohin die Begebauer mehr als eine halbe Stunde benötigt, ist die weitere Zeit mit dem üblichen Stundenlohn zu vergüten. Bei Überland-Arbeiten ist, wenn eine tägliche Rückkehr nicht stattfinden kann, ein Lohngehalt von mindestens 125,- für verheiratete und 75,- für ledige Gehälfte pro Tag zu zahlen, oder kost und Logis zu stehen. Solange Gehälfte bei einem Innungsmeister in Beschäftigung stehen, dürfen sie für eigene Reduktion keine Arbeiten ausführen. Die Überwachung zur Aufrechterhaltung des Tarifs, Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten, Schlichtung von Differenzen, die sich aus der Unwendung des Tarifs ergeben, sowie die Erteilung der Erlaubnis, in besonderen Fällen andere Lohnsätze vereinbaren zu dürfen (bei Halbwivaliden) wird von der zuständigen Innung in Gemeinschaft mit dem vom Gehälfteverband zu ernennenden Kommission ausgeübt. Vorher können der Obermeister und der Vertrauensmann des Gehälfteverbandes versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Gegen die Entscheidung aus dem § 10 Abs. 2 ist Berufung an das Gauamt Hamburg zulässig. Die Berufung hat mittels schriftlichen Verhältnissen innerhalb 10 Tagen zu erfolgen. Solange die Verhandlungen andauern, darf keine Massregelung oder Verkürzung der Bau- und Werkstatt, oder Absperrung stattfinden. Dieser Tarif tritt mit dem 1. März 1908 in Kraft, mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 1909 und läuft stillschweigend auf ein Jahr weiter, wenn von keiner Partei am 1. Juli 1909 gekündigt worden ist. Sofern am 1. Januar 1910 ein Generaltarif für das Gauverbandsgebiet oder für das Deutsche Reich zustande kommt, so soll auch dieser Tarif bezüglich der Fortdauer und der Überwachung der betr. Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die vorstehende Kündigungsfrist, unterworfen sein.

## Aus unserem Berufe.

Frankfurt a. M. (Auch ein Zug der Zeit.) In fünf Versammlungen in den Lohngebieten Frankfurt a. M., Hanau, Höchst, Homburg v. d. H. und Offenbach a. M. nahmen die Kollegen der Filiale Frankfurt a. M. Stellung zur Lohnbewegung. Der zweite Punkt sah die Erhöhung der Sommerbeiträge vor. Die Beitragsfrage war bis jetzt nach folgenden Grundsätzen geregelt: „In den Lohngebieten mit einem Stundenlohn bis 45,- wird der Sommerbeitrag 50,-, in den Lohngebieten über 45,- pro Stunde wurde 55,- Beitrag pro Woche bezahlt. Der Antrag der Filialverwaltung, im ganzen Filialgebiet einen einheitlichen Sommerbeitrag von 60,- zu erheben, ergab folgendes Resultat: In Frankfurt a. M., wo an nähernd 600 Kollegen anwesend waren und der Kollege Marggraf über beide Punkte referierte, stimmten neun Kollegen gegen die Beitrags erhöhung. In Offenbach a. M., wo Kollege Zimmermann referierte, stimmte die stark besuchte Versammlung einstimmig für die Beitrags erhöhung. In Höchst a. M., anwesend Koll. Leykaff, fand der Antrag ebenfalls einstimmige Annahme. In Homburg v. d. H., anwesend Kollege Blöcher, ergab das Resultat einer stark besuchten Versammlung acht Stimmen gegen die Erhöhung der Beiträge. In Hanau, Referent Koll. Deitrich, war bei der Abstimmung die Versammlung allerdings stark geteilt, ergab aber ebenfalls einstimmige Annahme. Also von zirka 1000 anwesenden Kollegen stimmten nur 17 Kollegen gegen die Erhöhung der Beiträge. Das ist geradezu ein erfreuliches Resultat und deutet von Opfermut und festem Willen, einzutreten für Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse. Sollte das so auch in unseren Unternehmen zu denken geben!

\* Die Stadtverwaltung Düsseldorf und die Bleiweißverordnung. Gegenwärtig beschäftigt die Stadt Düsseldorf einige Hundert von Arbeitslosen, darunter auch einige Kollegen. Sie sind mit Anstreicherarbeiten beschäftigt indem sie städtischen Wagen usw. einen neuen Anstrich geben. Man sollte meinen, daß wenigstens hier die Bleiweißverordnung eingehalten würde, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielmehr aus, als bei einem Privatunternehmer. Es wird meistens Bleiweiß verwendet, von Seife, Bleiweiß oder Handtichern keine Spur, das hat die Stadtverwaltung nicht nötig. Ebenfalls existiert kein Spülsetz b einem Obergut, der von 40-50 Arbeitern benutzt wird. Alle Missstände abzuschaffen, würde eine Bleiweißverordnung eingehalten würden, aber es sieht noch vielm

\* Auf dem 25. Unterverbandstag selbständiger Maler und Lackierer der Provinz Sachsen, der Herzogtümmer Anhalt und Braunschweig und der thüringischen Lande, der am 17. Februar in Halle tagte, sprach der Präsident des Deutschen Malerbundes, Herr Schulz - Leipzig, über "Ausbau der Arbeitgeberverbände und des Gauverbandes Mitteldeutschland". Er stellte als das Bedeutendste der Zukunft hin, daß die Arbeitgeber sich organisieren und einheitliche Tarifverträge aufstellen müßten. Die Städte, die sich nicht an die Verbände anschließen wollten, müsse man so zu einem Anschluß zwingen. Gewiß ist bei allen Organisationsbestrebungen die Einigkeit der Berufskollegen notwendige Voraussetzung. Würde aber ein Gewerkschaftsführer sich je ähnlicher Worte bei einem Vortrage bedienen, um unorganisierte Arbeiter für den Verband zu gewinnen, wie Herr Schulz, das Geschrei vom "Errixi" in der gesamten Unternehmerpresse möchten wir hören, das dann über die verbannten Heber und Aufwiegler niederbranzen würde.

\* Submissionen. Seit 9 Jahren sind die Weißbindermäister Darmstadt organisiert. Daß in diesen Jahren auch der Gedanke der Solidarität immer mehr Boden in ihren Reihen gesetzt hat, geht z. B. daraus hervor, daß auf dem Ausstellungsort der Künstlerkolonie sich 27 Meister zusammen getan haben, um gemeinsam die Arbeit auszuführen. Jeder mußte sich verpflichten, im Falle eines Streiks oder einer Ausspe rung selbst zu arbeiten. Auch eine Einkaufsgenossenschaft hat sich gegründet und sind ihr 36 Meister beigetreten.

Die Solidarität der Meister, soweit es sich um Maßnahmen gegen den Zwischenhandel und die Arbeiter handelt, läßt nicht viel mehr zu wünschen übrig, andern liegt freilich die Sache, wo es sich um die Erlangung von Aufträgen handelt. Kommt es zu einer Submission, so fliegen alle Solidaritätsgefühle schlaunigt zum Fenster hinaus und ein Unterblatt beginnt, das zuweilen geradezu wahnwitzig erscheint. Hierfür ein Beispiel. Im städtischen Prinzipienhaus sind nach genauer Vorchrift die Zimmer und Vorplätze in Kalk und Oelsarbe neu herzustellen. An der hierfür ausgeschriebenen Submission beteiligten sich 16 Darmstädter Firmen. Das Resultat der Preisforderungen war folgendes:

	M		M
Klein	8641	Schneider, H. S.	4967
Kricker	8653	Delp Wive	4227
Bell	8663	Gidam & Hellmuth	4450
Angel, Friedrich	8688	Heleine	4450
Zabel	8746	Eigenbrod, Georg	5242
Gräf	8829	Hizmann	5922
Finger & Kraus	8873	Hahn & Warnele	5416
Möhlert	8990	Möller, Georg	6003

Nicht weniger lehrreich ist ein anderer Fall. Die Auszeichnung der Malerarbeiten für den Neubau des Steuergebäudes in Bezug auf alle inneren und äußeren Arbeiten ergab folgendes Resultat:

	M		M
Bell	8945	Geißler, Eberstadt	11 700
Stier, D.	9 080	Pügel, Friedrich	11 753
Krug & Götz, Eberstadt	9 227	Meidinger, G. Eberst.	12 699
Kohl, L. II., Eberstadt	10 448	Gidam & Hellmuth	13 064
Möhlert	10 924	Möller, Georg	13 143
Bebel & Spies	11 071	Warnete & Hohn	13 186
Wintermeier	11 082	Gräf	13 988
Schneider, H. S.	11 182	Knoff	14 021
Kricker	11 237	Fischer, Heinrich, Stier	14 342
Klein	11 439	Schulz, F.	14 742
Roever, Gebrüder	11 628	Delp IV, Eberstadt	16 603

Einen Kommentar zu diesen Zahlen zu geben, ist wohl überflüssig.

\* Kalkulationen der Magdeburger Malermeister. Schon im Jahresbericht haben wir auf diese Bestrebungen unserer Unternehmer, bei Berechnung von Arbeiten richtig zu kalkulieren, hingewiesen und sind jetzt in der Lage, das erste Muster richtiger Kalkulation unserer Kollegen vor Augen zu führen. Interessant ist es auch, vorliegende Submissionenblätter mit den in der Versammlung des Magdeburger Maler-Arbeitgeberverbandes erfolgten Ausführungen des Referenten zu vergleichen. Er führte ungefähr Folgendes aus: "Genau wie der Kaufmann den Verkaufspreis seiner Ware nach einer bestimmten Regel, nach einem gewissermaßen gesetzähnlichen Prinzip berechnet und nicht bloß nach Gutbüchern abschreibt, ebenso müsse auch jeder Handwerker und Geschäftsmann und nicht zuletzt auch der Maler, den Preis für seine Arbeiten nach einem bestimmten Prinzip berechnen und feststellen. Im Malergewerbe sei eine solche Kalkulation bei jeder Arbeit unerlässlich, denn in keinem anderen Gewerbe sei die Feststellung der Preise von so vielen wechselnden Umständen abhängig, wie im Malergewerbe. Hauptfächlich müsse man sich bei Betrachtung von Submissionsergebnissen vielfach sagen, daß es gar nicht möglich gewesen sei, daß der Betreffende Papier und Blei zur Hand genommen, sondern nur ganz oberflächlich zusammen gerechnet habe. Wenn der Betreffende nun einmal richtig gerechnet hätte, dann müßte ihm der Gedanke aufgestiegen sein, daß man bei derartigen Preisen überhaupt nicht mehr ehrlich arbeiten könne. Zu einer richtigen Kalkulation gehört vor allen Dingen genaue Berechnung der Selbstkosten an Arbeitslohn, Materialien, allgemeine und Spezialkosten. Auch wer sein Geschäft allein betreibe, müsse für den Arbeitslohn berechnen, wenn er einigermaßen sicher kalkulieren wolle. Ebenso wichtig ist auch die Feststellung des Gehwertes des erforderlichen Materials, was gar nicht so schwierig ist, wie sich mancher vorstelle. Im weiteren müßten die Kosten für Gerüstmiete, Anschaffung und Instandhaltung der Werkzeuge, Werkstattmiete u. s. w. mit bei der Berechnung beachtet werden. Ebenso müßte jeder Meister, der im Geschäft mit tätig ist, für seine Arbeit eine bestimmte Entlohnung berechnen, die Beiträge zu den Versicherungsanstalten u. s. w. in Betracht gezogen und prozentual auf die Summe für Arbeitslohn und Materialien verteilt werden. Außerdem erwachsen momentan bei Arbeiten nach auswärts durch Fahrgeld, Transport der Materialien, Buschläge zum Lohn usw. noch besondere Kosten, die ebenfalls berücksichtigt werden müßten. Von der Hand von Ausschreibungen wies der Vortragende folgende

Spezialkosten nach und legte verschiedene Muster zu Kalkulationen, Arbeitszetteln usw. vor, mit deren Anwendung er im Laufe der Jahre sehr gute Erfolge erzielt hat. — In nachstehender Submissionenblätter handelt es sich um auszuführende Anstricharbeiten an der Herrenkrugbrücke (Elbbrücke) und liegen uns folgende Preisangebote vor:

Gebr. Siebert	992	M.
Gieatum	787	"
Krüger	708	"
Günther	560,50	"
Trinke	591	"
Königs Nachflg.	513,30	"
Felsheim	501,50	"
Dr. Ernst	472	"
	354	"

Damit eine Differenz von 578.— M zwischen Höchst- und Niedrigstfördernden. Auf welche Weise nun ein Verdienst des Arbeitgebers, wenn man bei solchen Schaubpreisen überhaupt noch von Verdienst reden kann, ans dieser Arbeit herauskalkuliert werden soll, läßt sich ziemlich leicht denken und müßte dies für die Magdeburger Kollegen wiederum eine Erleichterung sein, sich der Organisation anzuschließen, um einer gewissenlosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft entgegen treten zu können.

Dr. P.

#### Jahresbericht der Filiale Hannover-Linden für 1907.

Entsprechend dem Vorjahr stand auch das letztervergangene 23. Geschäftsjahr im Zeichen der ruhigen Weiterentwicklung. Es gab mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die Agitation am Orte und noch weiter über die Grenzen hinaus zu betreiben, den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation auch in den kleinsten Ort hinein zu tragen und somit die Aktionsfähigkeit nach jeder Hinsicht zu stärken. Das ist zu einem guten Teil gelungen. Die mühsame, aber auch erfolgreiche Hausagitation wurde rechts betrieben. Die auf Anregung des Gewerkschaftsrats eingeführte allgemeine Agitation innerhalb der gekauften Bauarbeiterchaft war ebenfalls von gutem Erfolg begleitet. Der Beseitigung von Missständen, Schlichtung von Differenzen, Lehre und Schulung der Mitglieder und Entwicklung der geschäftlichen Tätigkeit dienten 274 Veranstaltungen: 17 Versammlungen am Orte, 23 Vorstands- und Verwaltungssitzungen, 8 Werkstattledelegierten-Sitzungen, 71 Werkstattlebprechungen, 42 Versammlungen und Besprechungen im Agitationsbezirk, 67 Bibliothekslabende und 46 verschiedene Sitzungen und Zusammenkünfte.

Die im Jahre zuvor eingeführte Bezirksführung zur Mitarbeit bei statistischen Arbeiten, bei der Hausagitation, beim Auftischen von Reklamationen und Abhaltung von Werkstattlebprechungen hat sich als eine praktische Einrichtung erwiesen.

In Pyrmont wurde ein Lohntarif auf friedlichem Wege vereinbart, der den dortigen Kollegen einen Mindestlohn von 43 M. und für 1908 46 M. neben Aufschlägen von 10 bzw. 20 M. für Neben- und Sonntagsstunden garantiert. In den andern Zahlstellen konnte ein geregeltes Arbeitsverhältnis noch nicht geschaffen werden, jedoch wurden verschiedentlich Missstände beobachtet und Verbesserungen erzielt.

Auch unter den Lackierern und den in Fabriken beschäftigten Kollegen wurde die Agitation intensiv betrieben, so daß in den Großbetrieben alle organisiert sind. Nur in den kleinen Wagenlackereien ist die Organisation noch eine recht mangelhafte. Eine Folge davon sind die hier noch vorhandenen sehr schlechten Löhne. Besonders zeichnet sich hier die Hoswagenfabrik Falobi aus; die verschiedenenlichen Besuche, eine Besserung herbeizuführen, scheiterten an dem für die Organisation unzugänglichen Menschenmaterial. Hoffentlich bringt das für die Zukunft geplante Zusammenarbeiten der in Betracht kommenden Branchen wie Holzarbeiter, Metallarbeiter und Lackierer eine Wendung zum bessern.

Die Korrespondenz war eine umfangreiche. Es ging ein an Poststücken: 557 Karten, 422 Briefe, 79 Geschäftspapiere, 231 Pakete, 120 Postanweisungen, 225 Drucksachen und 8 Telegramme. Abgesandt wurden: 716 Karten, 441 Briefe, 148 Geschäftspapiere, 6 Pakete, 24 Anweisungen, 2 Telegramme und 528 Drucksachen.

Der Zugang an Mitgliedern beträgt 1092 Kollegen, davon sind eingetreten 578, zugereist 519 vom Militär zurück 7. Der Abgang bezeichnet sich auf 932 Kollegen, davon wurden wegen rücksichtiger Beiträge gestrichen 145, ausgetreten sind 60, abgereist 686, zum Militär eingezogen wurden 82, gestorben sind 9 Mitglieder. Die Zahl der am Jahresende eingetragenen Mitglieder betrug 856.

Im Geschäftsjahr wurden 44 218 Wochenbeiträge umgesetzt, davon in den Zahlstellen 4588 und im Bureau 4699. Nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, beträgt die Zahl der Mitglieder 850, davon entfallen auf die Zahlstellen 89 Mitglieder.

Von den ausgetretenen Mitgliedern sind 27 selbstständig geworden, 9 haben den Beruf gewechselt und 24 sind ohne genügende Gründe ausgeschieden. Auffallend ist die große Zahl der wegen restriktiver Beiträge gestrichenen Mitglieder, von denen allerdings wieder eine Unzahl unter den neu eingetretenen figuriert. Leichtfertigkeit und Mangel an Überzeugung sind wohl hier die Ursachen, deshalb muß in Zukunft diesem Kapitel vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Höchststand der Mitglieder betrug 942, der niedrigste Stand 690. Die Mitgliederzunahme betrug im Jahre 1905: 84, 1896: 188 und 1907: 168, zusammen in den 3 Jahren 388. Von den am Orte ansässigen Mitgliedern waren am Jahresende 980 restriktive Wochenbeiträge zu verzeichnen, welche zum größten Teil durch Stundung verursacht waren. Folgende Zahlen veranschaulichen die Entwicklung der Filiale in den letzten 7 Jahren nach den umgesetzten Beiträgen: 1901: 862, 1902: 1903: 886, 1904: 465, 1905: 649, 1906: 687, 1907: 850.

Am Schluß des Jahres umfaßte die Filiale noch die Zahlstellen: Alfeld, Einbeck, Hameln, Minden, Nordhessen, Pyrmont, Seelze, Döhnsdorf, Walsrode und Wunstorf mit 89 Mitgliedern nach den geleisteten Beiträgen, 153 Aufnahmen wurden in den Zahlstellen erzielt. Neu ins Leben gerufen wurden die Zahlstellen Hameln, Wunstorf, Holzminden (nieder eingegangen), Walsrode, Einbeck. — Minden und Seelze schlossen sich mit 12 Mitgliedern unserer Filiale an.

Betrifft die Zeit der Zugehörigkeit zur Organisation so im Vergleich zum Vorjahr eine Besserung eingetreten,

es gehörten an: unter einem Jahre 296, 1—2 Jahre 182, 2—3 Jahre 105, 3—4 Jahre 75, 4—5 Jahre 56, 5—6 Jahre 32, 6—7 Jahre 50, 7—8 Jahre 32, 8—9 Jahre 14, 9—10 Jahre 2 und über 10 Jahre 12 Mitglieder. Durch Selbstständigwerden sind 16 Mitglieder, welche längere Jahre der Organisation angehörten, ausgeschieden. Unter einem Vierteljahr Mitgliedschaft waren in Hannover 27, in den Zahlstellen 48 vorhanden.

Der bestehende Lohntarif erfuhr auch in diesem Jahre eine Erhöhung des Mindestlohns um 2 M. für Kollegen unter 20 Jahren von 44 auf 46 M. und für ältere Kollegen von 48 auf 50 M. In 14 uns bekannt gewordenen Fällen ist der Tarif umgangen worden. In 7 Fällen handelte es sich um den Stundenlohn, in einem Fall um das Fahrgeld, in 3 Fällen um den Aufschlag für Sonntagsarbeit und in 8 weiteren Fällen um den Aufschlag für auswärtige Arbeiten. Leider werden die Beschwerden häufig zu spät angebracht, dann, wenn das Arbeitsverhältnis bereits gelöst ist. Soweit die Durchberechnungen des Tariffs rechtzeitig gemeldet wurden, ist sofort eingeschritten und auf Abhilfe gebrungen.

Die Überwachung des Tariffs ist stets eine der dringendsten Aufgaben gewesen. Durch fortwährende Hinweise in unseren Mitteilungen, Werkstattlebprechungen, statistischen Aufnahmen und durch unsere Hanskäfer wird eine umfangreiche Kontrolle ausgeübt, so daß wir von fast jedem Versuch, den Tarif zu durchbrechen, Kenntnis erhalten.

Da nun im Laufe der Jahre des Bestehens des Tarifvertrags die gesamte Lebenshaltung eine teilweise enorme Preissteigerung erfahren hat, so wurde am Schluß des Jahres die Anwidigung des Tariffs einstimmig vorgenommen, so daß der selbe am 1. April 1908 abläuft und das folgende Jahr im Zeichen der Bohrabwendung steht.

Angenägt steht es mit der Einhaltung der am 1. Jan. 1906 in Kraft getretenen Bleiweißverordnung. Soviel es sich um ständige Betriebe, Fabriken und Lackierereien handelt, konnte durch die Gewerbeinspektion Abhilfe geschaffen werden, anders in der Baubranche. Bei der Schwerfälligkeit des beständigen Betriebsapparates und dem schnellen Wechsel der Arbeitsstellen ist eine Kontrolle recht schwer gemacht. Durch die Gleichgültigkeit und Unkenntnis über diese Arbeiterschutzbestimmungen leiden leider auch unsere Kollegen bei der Nichteinhaltung der Bestimmungen Schaden. Würde unseren Kollegen die Gefährlichkeit der Bleiweißierung immer bekannt sein, dann dürfte das Interesse an der Durchführung ein viel größeres sein. Daß von Seiten der Arbeitgeberorganisation zur Einhaltung dieser gesetzlichen Bestimmung etwas getan wurde, ist uns nicht bekannt geworden. Dauregung unsseitse hat es nicht gefehlt.

Ganz besondere Aufmerksamkeit ist schon seit Bestehen unserer Organisation der Arbeitsvermittlung gewidmet worden. Im Jahre 1901 wurde mit der Gründung ein gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis eingerichtet, der mit Ende 1905 von Seiten der Innung wieder aufgehoben wurde. Ein Streitverscharen, welches unsere Organisation am 5. April 1905 beschlußt anhängig machte, endete am 12. August 1907 ohne jeden Erfolg. Die geleglichen Bestimmungen des § 81 a der Gewerbeordnung: Förderung eines geellschaftlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis, passen nicht mehr zu den scharfmacrlichen Tendenzen der Hannoverschen Innung. Ein Blümel Voten belichtet uns darüber, daß trotz der gesetzlichen obligatorischen Bestimmungen eine Innung sich dieser Aufgabe entziehen kann. Die Innungen haben nur noch die Pflicht, den Arbeitgeberverbänden das Rekrutiermaterial zu liefern, sonst kosten sie nicht mehr in die heutigen Zeitverhältnisse hinein, das wurde auf dem Malertage in Hannover öffentlich ausgesprochen.

Die Frequenz unseres Arbeitsnachweises hat trotzdem nicht gelitten, sondern zeigt trotz der flauen Geschäftslage eine aufsteigende Entwicklung, wie aus nachstehender Gruppierung ersichtlich ist:

	Zahl der Arbeitssuchenden offenen Stellen	Zahl der besetzten Stellen
1904	963	972
1905	1680	1490
1906	1595	1336
1907	1949	1456

Die Benützung der Bibliothek, welche aus ca. 800 Bänden besteht, hat in diesem Jahre nicht ganz befriedigt. Es nahmen 169 Kollegen die Bibliothek 1037 mal in Anspruch und zwar im 1. Quartal 419, im 2. Quartal 180, im 3. Quartal 167, im 4. Quartal 271 mal. Ausgeliehen wurden 1636 Bände. Der größte Teil der gelesenen Bücher fällt auf Romane und Erzählungen.

Der Rassenbericht ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme von

bemgegenüber ist der Stundenlohn in der ganzen Bau-branche gerade in unserem Gewerbe am niedrigsten. Trotzdem konnte aber die bis jetzt erreichte Verbesserung nur erst durch lange und harte Kämpfe erzielt werden. Auch im kommenden Jahre wird unsere Organisation am Orte wieder auf eine harte Probe gestellt werden. Da aber in den letzten beiden Jahren eine rührige Tätigkeit entfaltet worden ist, so wird diese Probe ohne Gefahr bestanden werden.

Noch kurz vor Jahresende wurden wir mit je 3 Mitgliedern bei den Streiks der Hafen in Gelsenkirchen und Avergass-Gesellschaft in Mülheim an der Ruhr gezwungen. Der Ausgang dieser Kämpfe war in beiden Fällen erfolglos.

Ein Antrag der Verwaltung vom 1. März 1908 ab einen besoldeten Einlassierer anzustellen, stieß auf Widerstand und wurde leider abgelehnt, trotzdem diese Einrichtung sich überall bewährt hat.

Infolge der erhöhten Beitragssammlung an die Hauptkasse ab 1. Juli musste der Winterbeitrag von 20 auf 25 Mark erhöht werden. Diese Erhöhung wurde im allgemeinen für notwendig gehalten und ist ohne Schwierigkeit zur Durchführung gelangt.

Für die Haussässierung wurden 1891,61 M verausgabt. 118 Mitglieder erhielten Krankenunterstützung, 195 Mitglieder Reiseunterstützung und 7 Streikunterstützung.

Die vom Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei gemeinschaftlich veranstalteten Theatervorstellungen und Vorträge zur Förderung der Bildungsbestrebungen fanden auch bei unseren Mitgliedern günstige Aufnahme und wurden gut besucht.

Eine weitere umfangreiche Tätigkeit wurde auf dem Gebiete der Statistik geleistet. Statistische Aufnahmen wurden in diesem Jahr zweimal vorgenommen, im Frühjahr durch die allgemeine Statistik, veranstaltet durch das Gewerkschaftskartell, und im September unsere regelmäßige Lohnstatistik.

Neben diesen statistischen Arbeiten fanden noch die monatlichen Arbeitslosenzählungen statt. Infolge der harten Geschäftslage hat die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch angehalten. 673 befragte Mitglieder waren in diesem Jahr 15.756 Tage arbeitslos, davon 13.751 Tage wegen Arbeitsmangels und 2.005 Tage wegen Krankheit. Der Lohnverlust betrug wegen Arbeitsmangels 53.565,53 Mark und wegen Krankheit 7.932,33 M. Das ergibt einen Gesamt-Lohnverlust von 61.497,86 M. Hierbei sei bemerkt, daß nur die ansässigen Kollegen bei den monatlichen Zählungen in Frage kommen. Das große Heer der Arbeitslosen, welches sich stets auf der Landstraße und auf Wiesen befindet, um nach Arbeit zu suchen, bleibt außer Betracht. Hierüber geben die bereits schon aufgeführten Zahlen durch die allgemeine Statistik Aufschluß.

Nachdem in kurzen Umrissen die Entwicklung im vergangenen Jahr dargestellt ist, soll zum Schluß noch auf einige Mängel hingewiesen werden in der Voraussetzung, daß auch hier bald eine Besserung eintritt. Zunächst sind es die Versammlungen, welche, ausgenommen bei Lohnbewegungen, recht mangelhaft behandelt werden. Es wird in dem laufenden Jahre eine genaue Kontrolle über den Versammlungsbetrieb erfolgen, damit wir die lässigen Versammlungsbetriebe etwas genauer kennen lernen.

Neben den Wert der statistischen Aufnahmen herrscht ebenfalls noch bei vielen Unkenntnis und Gleichgültigkeit, so daß diese Arbeiten darüber unnötig erscheint werden. Auch bei den Werkstattlempfehlungen und der mündlichen Agitation muß ein noch größerer Eifer gezeigt werden. Die vielen Hunderte von Arbeitsstellen und der große Arbeiterwechsel macht die Mitarbeit eines jeden Kollegen notwendig.

Die Belehrung ist das einzige Mittel, überzeugte Kollegen zu gewinnen. Dazu bedarf es aber des gründlichen Studiums der Verbands- und der Parteipresse. Jedes Mitglied sollte Abonnement unserer Parteipresse, des "Volkswillen", sein und die vom Reichsverband subventionierte Generalanzeigerpresse weit von sich weisen. Wenn nicht auf politischem Gebiete die errungenen Vorteile wieder illusorisch gemacht werden sollen, so muß die Betätigung auch in politischer Beziehung eine umfangreiche und energische werden. Zielen doch die meisten Gesetzesvorlagen darauf hin, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu beengen undlahmzulegen und den Arbeitern immer größere Lasten aufzubürden. Zur Abwehr sollte ein jeder Kollege bereit und deshalb Mitglied der politischen Organisation, des Sozialdemokratischen Wahlvereins sein, bzw. werden. Große Aufgaben sind noch zu lösen, welche unsere ganze Kraft erfordern. Darum vorwärts zu neuer Arbeit! Betätigten sich unsere Kollegen in diesem Sinne, alles, was die Organisation fördert, zu unterstützen, alles Schädigende energisch zurückzuweisen, dann werden wir auch im nächsten Jahre in der ersten Reihe sein, über neue Fortschritte und neue Erfolge zum Nutzen eines jeden Mitgliedes berichten zu können.

#### Jahres- und Situationsbericht von Eichwege.

Mit dem vergangenen Jahr 1907 kann unsere Filiale auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Bedürfte es auch durch die Berstreitung der einzelnen Säle (Städte) öfters schwerer Arbeit, um dem brutalen Unternehmertum stets geschlossen gegenüber zu stehen, so gelang es doch der hiesigen Verwaltung, durch die Hilfe des Hauptvorstandes und Bezirksleiters, auch die schlechteste Zeit zu überwinden und bei den schwierigsten Kämpfen stets das Beste für die Organisation davon zu tragen.

War es doch im August 1897, als die Organisation hier den ersten Boden fachte, so wurde die hiesige Kollegen-schaft auch schon im nächsten Jahre 1898 durch einen siebenmonatlichen Kampf in ihrer Leistungsfähigkeit geprüft. Trotz der miserablen traurigen damaligen Löhne von ungefähr 20 Mark pro Stunde, hielt es die hiesigen Arbeitgeber nicht für nötig, eine gesetzliche Lohnförderung von 28 Mark pro Stunde zu akzeptieren, sondern zeigten schon damals ihr prozenthaftes Benehmen in jeder Beziehung. Aber die damaligen traurigen Arbeitsverhältnisse und die schlechte Lebenslage hatte die Kollegen im Kampf gestärkt und so mußte das Unternehmertum nach siebenmonatlichem Kampf in die Forderung einwilligen, indem es 26 Mark und mit dem nächstfolgenden Jahr 28 Mark pro Stunde bewilligte. Anfang und in somstem Schlummer verließ nun mehr die Zeit bis zum Jahre 1904. War auch bis zu dieser Zeit die Filiale noch immer sichtbar, so hatte doch das Schaffen der Kollegen schon schließlich von den manchen Graffen der Mar-

waltung abhängt, dazu beigetragen, daß die Mitgliederzahl anstatt zunehmen, zurückgegangen war. Mit dem Jahre 1904 aber erwachte die Kollegenschaft, und die Verwaltung, gestärkt durch neue Kräfte, fühlte sich mit den Mitgliedern, gezwungen durch das schon damalige rapide Steigen der Lebensmittel, nun mehr rüstig an die Arbeit zu gehen, um auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet wieder einmal einen Schritt nach vorwärts zu dringen. Frisch ging man dann aus Werk zur Agitation, welche auch ihren Wünschen (durch ganz enormes Zunehmen der Mitgliederzahl) voll und ganz entsprach, so daß man im Frühjahr 1905 mit neuen Forderungen an die Meister herantreten konnte. Doch aber die verflossene Zeit auch von dem Unternehmerum nicht unbeachtet geblieben war, dann jetzt zur Geltung, indem die Kollegen durch einen 16wöchentlichen Kampf aufs Straßenspaziergang geworfen wurden. Brutal und provokant, wie nie zuvor, gebärdet sich das Unternehmertum in diesem Kampf. Jedoch mit Hilfe des Bezirksleiters sowie der gesamten Kollegenschaft, welche in der schlappen Zeit den Zweck und Nutzen der Organisation gerade recht kennen gelernt hatte, war es möglich, die außerordentlich schwere Situation zu überwinden und die Arbeitgeber, indem sie in die Forderungen in der Mehrzahl einwilligten, zum Nachgeben zu zwingen. Daß der gesamten Meisterschaft dieser Kampf schlecht bekommen war, konnte man wahrnehmen, als man im Frühjahr des vorigen Jahres 1907 abermals mit einer Forderung an sie herantrat. Mit Händen und Fäusten war sie nach kurzer Debatte dabei, in die gestellten Forderungen sofort einwilligen und geradezu ausdrücklich, zeigten sie ihre Angst vor einem etwaigen Streit. Vieler schwere 16wöchentliche Kampf mochte ihnen nachträglich noch übel aufgestoßen sein, so daß ihnen derfelbe noch lange in guter Erinnerung bleiben dürfte. Wußte man sich bei den früheren Forderungen stets mit mündlichen Abmachungen zufrieden stellen, so hatte doch dieser bittere Kampf dazu beigebracht, bei der vorjährigen Forderung den ersten Tarif (und zwar auf friedlichem Wege) hier am Orte festzulegen, der neben anderen wichtigen Punkten einen Minimallohn von 35 Mark pro Stunde vorsah, zu welchem plakative Meister ihre Unterschrift gaben. Mit Gewissheit ist darum zu konstatieren, daß das verflossene Jahr ein bedeutsames für uns hier am Orte geworden ist. Ist auch der jetzige Lohn noch als ganz minimal zu bezeichnen, so muß man die örtlichen Verhältnisse (daß der Lohn seit Bestehen der Filiale fast uns doppelte gestiegen ist) in Betracht ziehen und daß mit dem vorjährigen ersten Tarif nun eine feste Unterlage für uns geschaffen ist, wodurch es uns möglich wird, durch tüchtiges Arbeiten innerhalb unserer Organisation nach und nach unsere Forderungen weiter aufzubauen. So haben wir es denn auch an der Auflösungsarbeit im letzten Jahre nicht fehlen lassen; es fanden 11 Vorstandssitzungen, in denen wichtige Verwaltungs-, sowie Agitationsangelegenheiten zu erledigen waren, statt. Besondere Versammlungen, in welchen der Bezirksleiter Mehrhorn aus Erfurt durch lehrreiche Vorträge den Kollegen Aufklärung nach jeder Richtung hin zu verschaffen suchte, wurden ihm abgehalten. Außerdem fanden noch fünf Mitgliederversammlungen innerhalb der Filiale sowie 8 Versammlungen der einzelnen Säle statt, worin ebenfalls wichtige Angelegenheiten erledigt und Aufklärung nach jeder Seite vom Vorstand verübt wurden. Die nachstehende zahlreiche Korrespondenz, die ebenfalls eine sehr rege war, war ein sehr geeignetes Mittel, um stets die engste Fühlung mit dem Hauptvorstand und Bezirksleiter sowie mit der gesamten Kollegenschaft der Filiale zu haben. Es gingen ein an Posttischen 63 Marken, 67 Briefe, 98 Geschäfts-papiere, 26 Drucksachen und 2 Telegramme; ausgegangen sind 156 Marken, 143 Briefe, 83 Geschäfts-papiere, 38 Drucksachen und 1 Telegramm.

Auch die Unterstüzungfrage war im vergangenen Jahr nicht ganz ohne Bedeutung, so daß auch wohl hier mancher Kollege den Wert und Nutzen der Organisation empfunden hat. Es wurde ausbezahlt an Krankenunterstützung 322,45 M., an Reiseunterstützung 17,60 M., an Sterbeunterstützung 75 M. Durch die Agitationsarbeit, die nach innen und außen eifrig betrieben wurde, war es auch im vergangenen Jahr möglich, wiederum neue Mitglieder der Organisation zu aufzufinden. Hatten wir am Jahresende 1906 einen Mitgliederbestand von 140, so war die Zahl bis Ende 1907 auf 158 gestiegen, welches sich folgendermaßen gestaltete: Mitgliederbestand am Jahresende 1906: 140, neu aufgenommen im Jahr 1907: 35, abgereist aus anderen Filialen: 2, abgetreten 13, eingetreten zum Militär 6. War auch die Zunahme der Mitgliederzahl im Vorjahr keine tiefgr. gro. so ist das begreiflich, wenn man in Be tracht zieht, daß die Zahl seit 1904 (wo sie sich mit einem Male kolossal empor erhob) auf ziemlich festem Fuße steht und von den Kollegen heute 96 Prozent organisiert sind.

Wenn nun durch diese erreichte Höhe von 96 Prozent auf eine große Zunahme innerhalb unserer Filiale nicht mehr zu rechnen ist, so verbleibt uns aber in unseren angrenzenden Lohn- und Arbeitsgebieten noch ein um so größeres Arbeitsfeld, wo es bald einmal an der Zeit ist, geregeltere Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund unserer Organisation dort festzulegen, damit uns nicht eines Tages bei einer etwaigen Lohnbedrohung diese jetzt noch indifferenten Kollegen gefährlich werden können; hierzu ist aber nötig, zuerst in der Aufklärungsarbeit innerhalb unserer Filiale fortzufahren, damit auch der letzte Kollege als Agitator verwandt und hierdurch der Organisation nützlich werden kann.

Kollegen, es ist darum erforderlich, in jeder Versammlung zahlreich zu erscheinen, vergesse keiner seine Pflicht, rüttelt die Sämmigen auf, denkt an das heimliche Jahr 1908, in dem wir uns befinden. Unsere Arbeitgeber stehen gerüstet uns gegenüber, um den geeigneten Moment uns mürbe zu machen abzupassen.

Darum, Kollegen, gilt es auch für uns zu rütteln und zu wachen, um nicht dem brutalen Unternehmertum in die Hände zu fallen. Lest uns arbeiten und mir nach dem einen Gedanken streben: "Einigkeit macht stark!" So werden wir den Wahlspruch auch an uns wahr machen können: "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!"

August Herzog, Eichwege.

zu halten und auf weiteren Ausbau der Filiale bedacht zu sein. Zur Belehrung und Aufklärung der Kollegen soll zur Gewinnung neuer Mitglieder haben 18 Versammlungen stattgefunden. Der Besuch der Versammlungen war mittlerweile eine Kollegen gibt es noch, die das ganze Jahr nicht einmal erscheinen. Hoffen wir, daß im neuen Jahre diese Kollegen zu der Überzeugung kommen, daß nur durch guten Versammlungsbesuch die Waffen aufklärt werden. Die Einhaltung des Tarifs durch die Meister und unsere Kollegen geschah ohne besondere Zwischenfälle. Da am 1. April 1908 unser Tarif ablief, wurde in der am 14. Dezember 1907 stattgefunden Generalversammlung beschlossen, den Tarif unter den alten Bedingungen um ein Jahr zu verlängern. Jedoch wurde der Tarif von Seiten der Arbeitgeber am 19. Dezember gefunden ohne jegliche Angabe, was die Herren für die Zukunft eigentlich wollen. Pflicht jedes einzelnen Kollegen ist es nun, da die Sache ernst zu werden scheint, dahin zu wirken, daß die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zugeführt werden; denn nur durch eine gute Organisation ist etwas zu erringen. Keiner der Kollegen darf in den nächsten Versammlungen fehlen. Agiert im organisiert! Seien wir noch fernstehende Kollege möglich anschließen, damit wir in dem zu erwartenden Kampf vollständig gerüstet sind.

**Stettin.** (Jahresbericht.) "Wenn einer sieht, daß kann, dann kann bei sich nichts da sein, ob bei deinem Erfolg für diejenigen, die im verflossenen Jahr ihre ganze Kraft für die Förderung unserer Organisation eingesetzt haben und trotzdem der erhoffte Fortschritt nicht eingetroffen ist. Die Mitgliederzahl ist von 250 Ende 1907 auf 220 am Schlusse des Jahres 1907 zurückgegangen. Dieser scheinbare Verlust erklärt sich daraus, weil an seinem Ort das Baukapital sich fast los verhält, so daß tausende von Bauarbeitern Stettin verlassen müssen, da unter auch eine beträchtliche Zahl unserer Berufskollegen. Der ergebnislose Streit im vorhergehenden Jahre hat zwar nicht vermocht, unsere zahlenmäßige Stärke zu verringern jedoch ist unter den Mitgliedern eine bedauerliche Weisheit eingetreten, die sich hauptsächlich in der auf ordentlich großen Fluktuation und in dem schwachen Besuch der Versammlungen zu erkennen gibt. Die wichtigsten Fragen, die interessantesten Vorträge usw., vermochten sie nicht aus ihrer lethargie aufzurütteln. Diese nicht genug verurteilte Flauheit (wenn man nicht das "I" an einer anderen Stelle setzen will) war es auch, die der Verwaltung eine intensive Agitation im höchsten Grade erschwerte, geradezu vereitelte. Nicht einmal die kleine Mithilfe der Verteilung der Abreisen von Bürgerschaften wurde in der forderlichen Weise aufgewendet. Ein Flugblatt, das Vorteile der Organisation erläuterte, wurde mit den Hauptvorstände herausgegebenen Werbebrochüren breitet, leider ohne den gewünschten Erfolg zu bringen. Bei öffentlichen Versammlungen zum Zwecke der Gewinnung neuer Mitglieder wurden dadurch illusorisch, daß Unorganisierte gemacht oder nur vereinzelt erschienen. Derartige Versammlungen haben in ruhigen Zeiten ihre Zugkraft verlor. Nur die Kleinarbeit von Mund zu Mund ist fruchttragend und sind ihr auch unserer allerorts beobachteten Verschwiegenheit zu danken. Einige erfreuliche Resultate brachte die Agitation unter den jungen Auszubildern. Es fehlt einen guten Teil derer sofort nach dem Abschluß für den Verband zu gewinnen; hier hatte doch einmal Herr Obermeister durch seine "wärmlichen Verwarnungen vor den bösen Bestrebungen" gut für uns gewirkt. Das darf auch künftig nichts unterlassen werden, um unjungen Nachwuchs nicht den Gegnern oder, was noch schlimmer, der Gleichgültigkeit zu überlassen. Aber nicht mit dem Gehilfenwerken ist die Zeit dazu gekommen, denn lange vorher muß schon dafür gewirkt werden. Überflüssig sonst noch ein Wackernd Hirschlein für Splitterung. Wenn sie auch herzlich unbedeutend sind, geben sie doch den uns fernstehenden willkommenen Beifallung zu Ausreden.

Im großen ganzen ließ also das Jahr 1907 vieles übrig. Bewiesen hat es uns aber, daß der Glaube "Wenn es den Kollegen recht schlecht geht, weiß sie schon kommen", ein trügerischer ist, sondern eher richtig, daß "Nicht stumpfsinn macht".

Die geringe Arbeitsgelegenheit, die auch schon Frühjahr und Sommer sich bemerbar machte und Opfer forderte, ließ viele Kollegen mit Schaudern an ihren Hungertage und Kälte bringenden Winter die ihrer Kurzfristigkeit, die ihnen glauben macht, daß Sparen der Verbandsbeiträge sie über das Endweges können, ist es auszurechnen, daß infolge Schwäche der Organisation es noch nicht möglich einen Tarif mit menschenwürdigem, den einer Großangemessenen Bedingungen zu erringen, was bitter ist. Also im neuen Jahre auch neuen Mut gesetzt bleibt noch viel zu tun übrig!

Nachstehende Zahlen mögen noch einige Aufschlüsse über die Verhältnisse der Filiale geben. Die Gesamtnahme betrug inkl. Beitrag 558,46 M., davon an Hauptkasse gehandelt resp. für Kranken-sterbe- und Unterstützung verausgabt 315,80 M. An Krankenunterstützung wurde im vergangenen Jahr 531,45 M., an Reiseunterstützung 180 M., an Sterbeunterstützung 88 M. ausgesetzt. Die Zunahme der Filiale betrug mit Kassenbestand 2300,71 M., die Ausgabe stieg auf 2222,83 M., so daß ein Kassenbestand von 107,88 M. bleibt. An Marken wurden insgesamt 10.560 umverteilt verteilt sich auf die einzelnen Quartale wie 1. Qu. 2598 = 200 Mitglieder, 2. Qu. 2926 = 225 3. Qu. 2908 = 228 Mitgli. und 4. Qu. 2128 = 164.

Dieses ergibt eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 250, vergleichen wir hiermit die Zahlen des vergangenen Jahres, so sehen wir, daß die Mitgliederzahl um 9% gegangen ist. Für die Kollegen wird es jedenfalls schwerer sein, mehr wie bisher die gleichgültigen zu aufzurütteln, denn nur wie bisher die starken Organisation kann schaftliche Vorteile erringen und nur eine opfernde Mitgliedschaft kann Lohnkämpfe durchführen.

**Blankenburg a. Harz.** Nachdem unsere Stadt längere Jahre eine Säle von der Filiale Holz war, sind jetzt sämtliche Kollegen zu einer außerordentlichen Versammlung im Anfang Januar zusammengekommen, um zur Gründung einer eigenen Filiale Rücksprache zu nehmen. Es wurde allgemein heißen, daß die bis jetzt unorganisierten Kollegen im Verband beitreten, wenn vom Hauptvorstand ein entsprechender Antrag gestellt wird.

**Guben.** (Jahresbericht.) Während das Jahr 1908 durch unsere Lohnbewegung etwas bewegt wurde, hatten wir im vergangenen Jahr die Aufgabe, das Er-

auch geschah. Auch die Filiale Halberstadt erklärte ihr Einverständnis dazu, sodass wir nun einer besseren Zukunft entgegen sehen können. Bis jetzt sind alle Kollegen bis auf einen organisiert, der sich hoffentlich ebenfalls bald unseren Reihen anschließt.

**Hamburg.** Versammlung vom 21. Februar. Nachdem die Vorstandswahl erledigt, konnte die Diskussion stattfinden über das Thema „Kulturrägen im Malergewerbe“. Bereits am 28. Januar hatte Kollege Hillig einen Vortrag über dieses Thema gehalten. Nachdem er eine gleichzeitige Darstellung der Deputationsmalerei gegeben, schiederte er den Verfall des Gewerbes und wie sich schließlich zu dessen Hebung der Deutsche Malerbund gegründet habe. Über auch dieser sei nicht im Stande gewesen, dem Gewerbe wieder aufzuhelfen. Schließlich würden die Geschäftsworganisationen mit denen der Meister dieser Frage näher treten müssen. In der Diskussion wurden die Argumente des Referenten arg zerrauft. Koll. Krüger führte zunächst aus, dass die Organisation augenscheinlich wichtigere Aufgaben zu lösen hat, als dem Unternehmertum Gehilfen auszubilden, ohne zu fragen, ob diese dann auch gebraucht würden. Wenn wir einmal einen Generaltarif über ganz Deutschland haben, wie ihn der Unternehmerverband anstrebt mit einem Reichstaxamt an der Spitze, werden auch wir versuchen, Einfluss auf die Lehrlingsausbildung zu gewinnen. Vorläufig haben wir aber um Wichtigeres zu kämpfen, nämlich um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dr. Haas bemerkte, dass unsere Organisation allerdings zur Hebung des Gewerbes beitragen wird, aber auf anderen Wegen, als der Referent es will. Solange sich noch Bestrebungen im Unternehmertum breit machen, wie diese, in keine Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen, haben wir zu kämpfen. Buch weist darauf hin, dass das Malergewerbe heute ein anderes sei, als vor 50 oder 100 Jahren. Der Referent hätte wissen müssen, dass schon vor 25 Jahren, als der Verband zuerst Filialen gründete, damit auch eine Fachschule ins Leben rief. Wenn damit nicht erreicht wurde, was man wollte, so lag dies an der langen Arbeitszeit und den traurigen Lohnverhältnissen. Bei der heutigen Lehrlingszüchterei in manchen Orten kann von Ausbildern nicht mehr gesprochen werden. Der Künstlerstolz, den früher manche Kollegen besaßen, hat uns in der Bewegung gehemmt und damit zugleich die Kultur, sonst hätten wir schon mehr Einfluss auf die Ausbildung der Lehrlinge in unserem Beruf. In seinem Schlusswort vertrahlt sich Hillig dagegen, so töricht gesprochen zu haben, als man aus den Ausführungen der Redner hätte entnehmen können. Er wisse sehr gut, dass die Organisation nicht gleich in diesem Augenblick sich an Aufgaben heranwagen könne. Über alles, was er verlangt, fordere doch auch die Partei; dies sucht er durch seine bereits früher veröffentlichten Grundsätze zu beweisen. Ein, vielleicht zukünftiges Tarifamt habe sich ebenfalls mit der Ausbildung im Malergewerbe zu beschäftigen. Bis dahin sei es Pflicht aller Organisationen, sowohl der Meister wie der Gehilfen, beim Ausbildungswesen im Berufe alle Aufmerksamkeit zu zuwenden. Persönlich bemerkte Krüger, dass der gegenwärtige Augenblick durchaus nicht dazu angezeigt sei, derartige Aufgaben zu lösen. Wir haben das Wichtigste zu erkämpfen und das betrifft das Lohn- und Arbeitsverhältnis. Dr. Haas hält Hillig vor, wenn er in der vorigen Versammlung gefragt hätte, was er heute gesagt haben will, wäre wahrscheinlich die Diskussion eine andere gewesen. Nachdem noch einige interne Unregelmäßigkeiten besprochen waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

#### Aus einem Musterbetrieb.

In der Waggonfabrik von Dr. Dietrich in Elchingen (Unterelsass) bestehen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Allerdings ist das Vorhandensein der Zustände dem seitigen Gesetz, jeder gewerkschaftlichen Organisation unter den 1400 im Betriebe beschäftigten Arbeitern anzuschreiben. Ja, wir zweifeln nicht, dass die bestehenden Zustände mit dem Augenbild unhaftbar sein werden, sobald die beschäftigten Arbeiter sich ihren Organisationen anschließen. Vermischlich ist die Direktion auch dieser Ansicht, denn anders lässt sich das ehrliche Bestreben der Fabrikleitung, das Auftreten jeder Organisation zu verhindern, wohl nicht erklären. Die Art und Weise, wie die Direktion das Koalitionsrecht der Arbeiter zumute macht, muss als eine außerordentlich brutal bezeichnet werden. So wurden vor kurzem die Arbeiter dieser Fabrik von unseren Kollegen durch Handzettel zu einer Versammlung eingeladen; der Herr Director war dem Verteiler zufrieden: „Wem dieser Bettel lieber ist wie Brot, der mag in die Versammlung gehen!“ Das heißt mit andeuten Worten: Wer von euch in die Versammlung geht, wird entlassen. Director kann man die gelegentlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter nicht mit Füßen treten, als dies in diesem Falle geschehen ist. Eine andere Methode, die Parteiversion nicht aufkommen zu lassen, beliebte dieser Herr ferner durch die Abtreibung der Lokale. Den beiden Arbeitern wird vorgeschrieben, bei welchen Wirt sie in Hoff und Hoffnung zu gehen haben. Der schuflige Vertrag hierfür wird ihnen vom Lohn in Abzug gebracht und dem betreffenden Wirt von der Direktion ausgehändigt. Selbstverständlich sind die Worte aufscharf gemacht worden, dass Ihnen keine Hoff- und Hoffnungsrechte zugewiesen werden, wenn sie den Arbeitern ihre Lokale für Agitationssversammlungen zur Verfügung stellen. Auf ähnliche Weise hängen die meisten kleineren Geschäftsfreunde in der Umgebung mehr oder weniger von diesem „Industrieherrn“ ab. Hier wurde bislang ein Terrorismus gelöst, der durch nichts übertroffen wird. So wurden vier unserer Kollegen, die zu der bereits oben erwähnten Versammlung Handzettel verteilt hatten, von dem Director deshalb Vorhaltungen gemacht. Es kam dabei zwischen dem Director Betri und den Kollegen zu gegenständigen Auseinandersetzungen, was zur Folge die sofortige Entlassung hatte. Dreizehn fremde im Betrieb beschäftigte Kollegen erklärten sich hierauf mit den Entlassenen sofort solidarisch und reichten die Kündigung ein. Was geschah nun? Herr Director ließ eine Anzahl der in der Umgebung wohnenden Malermeister zu sich berufen und stellte ihnen anheim, dass sie keinen von den entlassenen Malern einzstellen dürften, andernfalls sie mit Anträgen von Seiten der Fabrik nicht mehr bedacht würden.

Wie die Arbeitsordnung dieser Fabrik aussieht, kann sich der Leser nach dem bereits Gesagten leicht vorstellen. Nach § 5 der Arbeitsordnung beträgt die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 10½ Stunden. Der § 6 bestimmt, „eine ausnahmsweise längere oder kürzere Arbeitszeit wird den betreffenden Arbeitern noch besonders mitgeteilt und ist von diesen einzuhalten“ usw. Wenn schon die im § 5 festgesetzte regelmäßige Arbeitszeit als eine überaus lange bezeichnet werden muss, so versteht es die Fabrikleitung ausgeszeichnet, mit Hilfe des § 6 seit Jahr und Tag regelmäßig allwochentlich dreimal bis 9 Uhr arbeiten zu lassen. Lohnauszug für Nebendarbeiter kennt die Arbeitsordnung nicht. So beträgt die regelmäßige Arbeitszeit pro Woche 72 Stunden, oder 12 Stunden pro Tag, und der Lohn? Ja, vom Lohn steht auch etwas in diesem Monstrum von Arbeitsordnung, nämlich, dass er ausgeschlossen wird und zwar jeden Monat zwischen dem 18. und 25. an einem Samstag. „Die Lohnberechnung bezieht sich auf den vorhergehenden abgelaufenen vollständigen Monat“, heißt es dann weiter. Nicht genug damit, dass die Arbeiter regelmäßig einen ganzen Monat auf ihr sauer verdientes Geld warten müssen, ja ist es am rottesten, wenn sich die Lohnzahlung nur auf den abgelaufenen vollständigen Monat beziehen soll. Gerade von dieser Bestimmung wird ein recht ausgiebiger Gebrauch gemacht. Am 1. Oktober b. J. haben einige unserer Kollegen hier angefangen und hatten genau am 28. November den ersten Zahltag. Also sollte acht Wochen müssten sie auf ihre paar Knöpfe warten. Und das schlimmste bei der ganzen Geschichte ist die Tatsache, dass keiner weiß, was er verdient. Jeder Arbeiter erhält einen Tagelohn von 2.20—2.50 M. zugesetzt. Dazu kommen 80 bis 81 Proz. Zuschlag für Aufforderarbeit, so dass im Durchschnitt die Arbeiter 4 bis 4.50 M. verdienen bei 12stündiger Arbeitszeit. Charakteristisch ist, dass keiner der Arbeiter weiß, wie der Aufforderzuschlag berechnet wird.

Des weiteren herrschen besonders in der Malerwerkstatt in sanitärer Hinsicht Missstände, bei denen Leben und Gesundheit der betreffenden Kollegen in Gefahr steht. Fenster und Ventilatoren sind nach unserer Ansicht genügend vorhanden, jedoch wird das Dessen der selben und das Einschalten der Ventilatoren mit 1 M. bestraft. Durch diese Maßregel entwickelt sich in dem betreffenden Raum (wo meistens Terpentinarbeiten verarbeitet werden) eine Atmosphäre, dass man sich nicht zu wundern braucht, wenn ständige Erkrankungen der beschäftigten Kollegen vorkommen. In dem gleichen Raum wird auch das Frühstück eingenommen und dient zur Aufbewahrung der Garderobe. Kleine Handtücher werden auch nur alle 4 Wochen verbraucht. Trinkwasser ist überhaupt nicht vorhanden. Fürstlich sind einige typhusfördernde Erkrankungen vorgekommen und nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass an den verschiedenen Brunnen Läuse angetragen wurden mit der Aufschrift: „Kein Trinkwasser“. Das ist auch alles, was hier an Abhilfe geschafft wurde. Unser Kollege von den Berg, Straßburg, stellte sich am 31. Januar beim Herrn Director Betri vor, um mit diesem im Auftrage der Organisation über die Abhilfe der bestehenden Missstände zu verhandeln. Aber weit gefehlt. Der Herr Director wies ihn亲zur Hand ab und erklärte, dass er sich mit Betriebsvereinigungen nicht einlasse. Dieser Herr weiß, dass im Betriebe Missstände herrschen, die, wenn die Regierung einschreite, unbedingt zur Verstrafung führen müssten. Aber es wissen die Herren auch Lehr gut, dass sie die Befürden unseres modernen Klassensystems nicht zu sehr zu stricken haben. Zur Abschaffung derartiger Zustände hilft dem Arbeiter am besten eine starke Organisation. Hoffen wir, dass die kleinen Anfänge, die in letzter Zeit nach dieser Richtung hin gemacht wurden, weiter fortsetzen. Der Fabrikinspektor ist über die in obigen Betrieb bestehenden gesetzwidrigen Zustände in Kenntnis gebracht worden. Wir werden nun abwarten, was daraus geschieht.

**Berichtigung zum Bericht vom 2. Bezirk.** Seite 67 Spalte 2 muss es heißen: „Aber nicht nur an den ärgeren Ecken des Bezirks, sondern auch in den Filialen Darmstadt usw.“ — Seite 67, Spalte 3, Zeile 21 von unten muss es heißen: „ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen“ — Seite 68, Spalte 2, Zeile 28 von oben: „Langen“ statt „Bensheim“.

**Colmar.** Am 2. März ging bei uns nachstehende „Erklärung“ ein, die keinen Kommentars bedarf: „Untersteckner erklärt hiermit, dass der Artikel von Colmar nicht der Wahrheit entspricht, da niemals eine Schlichtungskommission zusammengetreten ist und die betreffenden Bekannterungen des Herrn Hauswein selbstverständlich auch nicht gefallen sein können. Dies zur Ehrenerklärung des Herrn Hauswein.“ H. Gubmann.“

#### Baugewerbliches.

**Bauarbeiterkampf in Bayern.** Die von der vorjährigen Bauarbeiterkonferenz in München an den Landtag gerichtete Petition hat soeben im 10. Ausschuss eine sehr gründliche Durchberatung erfahren. Der Referent Gen. Dorn verbreitete sich in seinem Vortrag über Geschichte und Entwicklung des Bauarbeiterkampfes in Bayern, wobei er gestützt auf den Inhalt der Petition und andere Quellen, die Unzulänglichkeit der derzeitigen Schutzbestimmungen feststellte. Aber nicht nur, dass die Schutzbestimmungen unzureichend sind, es werden nicht einmal diese geringen Schutzmaßnahmen durchgeführt. Der Referent gab die Statistik der Bauarbeiter nach den Aufzeichnungen der Baier. Baugewerbs-Berufsgenossenschaft bekannt, rügte die ungenügende Kontrolle der Bauten, die teils auf Überlastung der Baukontrolleure, teils auf mangelhaften Kenntnis der aufgestellten Baukontrollen zurückzuführen sei. Nach erfolgter längerer Diskussion beantragte Dorn, die Resolution II der Bauarbeiterkampfkonferenz der Regierung zur Würdigung hinüberzugeben, mit dem Beschluss, die Regierung möge im Bundesrat dahin wirken, dass alsbald eine Erweiterung der Arbeiterschutzvorschriften erfolgt und bei der entsprechenden Abänderung der jetzigen Bestimmungen Unternehmer, Arbeiter und Sachverständige gehörten werden. Ebenso soll Resolution III der Regierung zur Würdigung hinübergegeben werden mit dem Beschluss, die Regierung möge im Bundesrat auf ein gänzliches Verbot der Verwendung von Bleifarben hinwirken. Ferner soll der Reichskanzler ersucht werden, bis zum Ende der Bleifarbenverwendung Verzögerungen und Strafentnahmen aufzufordern, alle Erkrankungen, die auf Bleivergiftung zurückzuführen sind, zu registrieren, um feststellen zu können, welche verheerende Wirkung die Verwendung von Blei-

farben im Gefolge hat. Bei allen Staatsarbeiten soll die Verwendung von Bleifarben verboten werden. Ferner sei an die Staatsregierung das Eruchen zu richten, die Anstellung der Bauausleher aus dem Stande der Arbeitnehmer obligatorisch einzuführen und dafür Sorge tragen zu wollen, dass deren Machtfestigkeit erweitert und ihre Stellung die eines Aufsichtsbeamten angemessene und würdige werde. Für diese Anträge stimmten nur die Liberalen und Sozialdemokraten. Dagegen wurde der Antrag des Vorreferenten Walterbach: Die beiden Petitionen der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben, einstimmig angenommen.

**Bauarbeiterkampf in Frankfurt a. M.** Auf die wiederholten Eingaben der Bauarbeiterkampfkommission Frankfurt a. M. hatte das Reichsversicherungsamt, wie unserer Kollegen bereits berichtet wurde, noch am 28. Januar d. J. erwidert: „Es habe keinen Grund, die Beziehungen der Berufsgenossenschaften in Zweifel zu ziehen und habe nach Prüfung der Sachlage nicht die Bezeugung gewinnen können, dass in Frankfurt a. M. in Bezug auf den Bauarbeiterkampf „die größten Fahrklasse“ begangen werden, oder „unhalbare Zustände“ bestehen.“ Diese Meinung hat es aber schnell geändert; denn ganz plötzlich wurde am 6. Februar dem von der baugewerblichen Arbeiterschaft angestellten Baukontrolleur Gen. Kaiser der Besuch des Herrn Geheimen Regierungsdirektors Professor Hartmann-Berlin zu teil, der nach Frankfurt gekommen war, um sich „dienstlich“ davon zu überzeugen, dass die Beschwerden übertrieben sind. Besser wäre es vielleicht gewesen, diese Fahrt nach Frankfurt vor der Erteilung der eigentümlichen Antwort zu unternehmen. Er kam aber noch nicht zu spät, um noch einzusehen, dass die Eingabe und nicht die Berufsgenossenschaft recht hatte. Am 6. Februar wurde zunächst eine theoretische Erörterung gepflogen, und am nächsten Vormittag unternahm dann der Vertreter des Reichsversicherungsamtes gemeinsam mit dem Baukontrolleur eine Kontrolle an den in der Eingabe bezeichneten Bauten und fand so allemal alles bestätigt, was seitens der Kommission berichtet worden ist. Der Herr Rat hat zugeben müssen, dass die größten Fahrklasse bestehen und hat vor allen Dingen erklärt, dass die Vorwürfe der Berufsgenossenschaft nicht eingehalten werden. Sein Vertrauen in die Vertreter derselben hat einen argen Stoß bekommen und wiederholt hat er seiner Bewunderung über ihr Verhalten Ausdruck gegeben. In der kurzen Zeit der Besichtigung wurden vier Bauten von ihm notiert, wo Anzeige erstattet werden soll. Auch über die Art der Kontrolle und das Kartensystem auf dem Bureau ließ sich der Herr Regierungsrat genau informieren und gab dem Kontrolleur die Versicherung, dass diese Reise zwecklos dazu beitragen wird, die Frage des Bauarbeiterkampfes im Sinne der Eingabe zu fördern; denn jetzt habe er sich überzeugt, dass die dort gemeldeten Missstände nicht übertrieben sind. Die Frankfurter Arbeiterschaft wird ja sehen, ob es etwas hilft und ob nun, nachdem man sich seitens des Reichsversicherungsamtes selbst überzeugt hat, dass die Arbeiterschaft im Recht ist, den ersten abweisenden Schieden eine andere Richtung folgen lassen wird. Soll die Institution aber die frischen Frankfurter Arbeitern geschaffen haben, bedeutet diese Angelegenheit einen wohlverdienten Erfolg.

#### Vom Ausland.

**Österreich.** Gesperrt sind: In Neichenberg die Werkstätten Willy Neil und Gebr. Beck; in Lorrana die Werkstätten Ferro und in Teschen die Werkstätte Oczlo.

**Ungarn.** Gesperrt sind die Städte: Szatmár, Nagyvarad, Miskolc, Esztergom, Kolozsvar, Arad, Gyula, Komorom und Nagyosz. Gesperrt sind in Budapest die Schildermaler-Werkstätten Brucksteiner und Stern und die Werkstätte des Antreichermeisters Johann Felsbauer.

**Schweiz.** Die Aussperrung in Unterlaß ist mit Erfolg für unsere Kollegen beendet. Trotz der Wintermonate ist es den Unternehmern nicht gelungen, den 9-Stundentag zu befehligen und den Lohn herabzusetzen. Da noch einige Werkstätten gesperrt sind, werden etwa zureisende Kollegen dringend erachtet, den Arbeitsschmiede weisz der Sektor zu benutzen und das Panorama zu vermeiden, damit sie nicht aus Unkenntnis einem gesperrten Meister ins Garn laufen. Der Arbeitsschmiede ist mittags 12 Uhr und abends 6 Uhr geöffnet.

**Italien.** Nach der letzten Abrechnung des Maler- und Anstreicherverbandes für das Jahr 1907, 4. Quartal, zählt der Bruderverband 1813 Mitglieder in 19 Filialen.

#### Literarisches.

Bon der illustrierten Roman-Bibliothek „Zur Freien Stunde“, die von unserem Parteiverlag Vorwärts, Berlin, herausgegeben wird, liegen vor dem mit dem 1. Januar begonnenen neuen Jahrgang die Hefte 5 und 6 vor. Neue Abonnenten können die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrgangs nachbestellen. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft mit vielseitigem, unterhaltsamem und belehrendem Inhalt. Das Heft kostet 10 P. und wird von jeder Parteibuchhandlung und allen Aussträgern der Parteizettungen geliefert. Ferner liegt von dieser Zeitschrift die zweite Hälfte des ersten Jahrgangs als stattlicher Band vor, dessen Abwechslungsreicher Inhalt die Arbeiter-Bibliotheken veranlassen sollte, diese Werke zu erwerben.

**Karl Marx zum Geburtstag.** Am 25. März 1908 werden es 25 Jahre, dass Karl Marx tot ist. Aus dieser Veranlassung gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Abhandlung aus dem Feder Karl Kautsky's über diesen großen Bahnbrecher des Sozialismus heraus.

Le Traducteur (16. Jahrg.), Le Traducteur (15. Jahrg.), Le Traductore (1. Jahrg.), Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Blätter verfolgen den Zweck, den jungen Deutschen, Franzosen, Italiener oder Engländer in der Erlernung der Fremdsprache zu vervollkommen und ihm die Mittel in die Hand zu geben, sich eine gründliche und

gediegene Kenntnis in der zu erlernenden Sprache anzueignen. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des "Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

#### Achtung!

Einem Teil der heutigen Ausgabe (mit Ausnahme von Berlin und Provinz Brandenburg) liegt ein Prospekt der Firma R. Swierzy, G. m. b. H., Berlin C. 19, betr. "Swierzy-Malerei" bei, den wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung empfehlen. Kollegen, die für das Verfahren kein Interesse haben, werden gebeten, den Prospekt an andere Kollegen weiterzugeben.

Kollege Conrad Sadovski aus Hamburg wird ersucht, seine Adresse befußt Vermeidung von Unannehmlichkeiten an die Expedition d. Bl. bekannt zu geben. Ebenso sind diejenigen dazu ersucht, welchen die Adresse bekannt ist.

#### Sterbetafel.

Dresden. Am 18. Februar verstarb an Lungenspienzeitarr im Alter von 32 Jahren der Kollege William Wiesenthal.

Bromberg. Am 20. Februar starb unser Kollege Joseph Pal in im Alter von 38 Jahren an der Proletarierfrankheit.

Breslau. Am 24. Februar verstarb unser Kollege August Reichel im Alter von 42 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

#### Vereinstell. Bekanntmachung.

Die Meisenunterstützung und Fahrgeld an streikende Mitglieder soll, laut Streikreglement, in der Zeit vom 1. März bis 1. November von der Hauptkasse bezahlt werden. Zu diesem Zwecke hat der Vorstand ein neues Verzeichnis herstellen zu lassen, das diejenigen Orte enthält, wo diese Unterstützung zu beziehen ist. Die Verzeichnisse sowie die Quittungen für die Auszahlung dieser Unterstützung sind bereits an die Verwaltungen der betreffenden Filialen abgesandt.

In den nachstehenden Orten ist der Aufenthalt bis zu 4 Tagen für den Meisenverband gestaltet und wird die Kontrolle sowie die Auszahlung der Unterstützung im Bureau durch den Angestellten vollzogen:

Berlin, Bremen, Breslau, Braunschweig, Cassel, Cöln, Chemnitz, Danzig, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen a. d. Ruhr, Frankfurt a. Main, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Straßburg, Stuttgart, Wiesbaden, Würzburg.

In den nachstehenden Filialen befinden sich keine An-

gestellten, jedoch ist in den im Verzeichnis aufgeführten Herbergen und Arbeitsnachweisen die Zeit und Stunde der Auszahlung zu erfahren:

Neuren, Altenburg, Baden-Baden, Bamberg, Bauhen, Bielefeld, Brandenburg, Bremerhaven, Coblenz, Coburg, Colmar, Crefeld, Duisburg, Düren, Eisenach, Elbing, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Friedberg i. H., Gießen, Gera, Görlich, Hagen, Halberstadt, Heidelberg, Heilbronn, Hilleshagen, Hof, Jena, Kaiserlautern, Kölberg, Kattowitz, Konstanz, Liegnitz, Lissa, Lindau, Löbeck, Lüneburg, Mehl, Mühlhausen, Nordhausen, Oschatz, Posen, Pforzheim, Plauen i. V., Regensburg, Roskow, Saarbrücken, Schweinfurt, Schwerin, Siegen, Solingen, Stettin, Stralsund, Tilsit, Thorn, Trier, Ulm a. D., Weimar, Wilhelmshaven, Wittenberge, Worms, Zeitz, Zwischen.

Wir ersuchen die Verwaltungen der zuletzt genannten Filialen, in den im Verzeichnis aufgeführten Herbergen und Arbeitsnachweisen für genügende Bekanntmachung von Zeit, Ort und Stunde der Auszahlung Sorge zu tragen.

Die Legitimationskarten werben an die Streikorte mit dem Material für den Streik zugesandt. Wir ersuchen die dabei vermerkten Bestimmungen genau zu beachten, da alle zu Unrecht verabfolgten Auszahlungen zu Lasten der Filialkasse fallen.

Die Erhöhung des Sommerwochenbeitrages auf 70 ₣ für die Filialen Wilhelmshaven und Sonderburg, auf 65 ₣ für Nürnberg, auf 60 ₣ für Colmar, Eisenach, Frankfurt a. M., Gotha, Heilbronn, Mannheim, Regensburg, auf 55 ₣ für Waldburg und Saalfeld, sowie der Winterwochenbeitrag von 30 ₣ für Mannheim, von 25 ₣ für Gotha, Saalfeld und Regensburg wird hiermit bestätigt.

Die Neuwahlen der Filialverwaltungen, die bis zum 2. März beim Vorstande gemeldet werden hiermit ebenfalls bestätigt.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Menke, J., Buchn. 22803, bez. 8 Wochen 08 (Bremen). Jakob, Joh., Buchn. 15084, bez. 52 Wochen 07 (Hamburg). Heitler, Alf., Buchn. 27915, bez. 39 Wochen 07 (Wahreuth). Lindemann, Frih., Buchn. 39194, bez. 46 Wochen 07 (Schwerin).

#### Der Vorstand.

##### Bericht der Hauptklasse vom 18. Februar bis 2. März.

Für das 1. Quartal wurde eingefangen:  
Stuttgart 7.22; Uslar 11.61; Stettin 2.50; Erfurt 200.—; Cöln 28.—; Weisach 11.05.

Für den Vereins-Anzeiger ging ein: Crefeld 2.—; Cöln 1.—

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken  
Augsburg 200 B. a 20 ₣; Wahreuth 200 B. a 50 ₣; Bernburg 400 B. a 55 ₣; 200 B. a 25 ₣; Brandenburg 600 B. a 50 ₣; Coblenz 800 B. a 50 ₣, 20 E.; Cuxhaven 20 E.; Colmar 800 B. a 60 ₣, 10 E.; Dessau 400 B. a 20 ₣; Eisenach 1000 B. a 60 ₣, 200 B. a 20 ₣; Elberfeld 6000 B. a 60 ₣, 200 E.; Frankfurt a. M.

20000 B. a 60 ₣; Gotha 10000 B. a 60 ₣, 4000 B. a 50 ₣; Göttingen 2000 B. a 60 ₣; Heidelberg 800 B. a 20 ₣; Heilbronn 800 B. a 60 ₣; Jena 1200 B. a 50 ₣; Kiel 1600 B. a 60 ₣, 2000 B. a 25 ₣; Mannheim 5000 B. a 60 ₣; Meerane 400 B. a 50 ₣; 200 B. a 20 ₣; Northeim 1000 B. a 55 ₣; Novales 1200 B. a 60 ₣; Nürnberg 10000 B. a 65 ₣, 200 E.; Posen 400 B. a 20 ₣; Regensburg 2000 B. a 60 ₣; Saalfeld 800 B. a 55 ₣; Sagan 500 B. a 50 ₣, 100 B. a 20 ₣; Salzungen 800 B. a 50 ₣; Schleswig 200 B. a 20 ₣; Schweinfurt 400 B. a 20 ₣; Siegen 1000 B. a 65 ₣; Sonderburg 800 B. a 70 ₣; Straßburg 400 B. a 25 ₣; Waldburg 800 B. a 55 ₣, 20 E.; Weiba 200 B. a 20 ₣; Weimar 3600 B. a 50 ₣, 200 B. a 20 ₣; Wilhelmshaven 4000 B. a 70 ₣.

H. Wenker, Kassierer.

#### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschland

(Eingetriebene Hauptklasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassierers vom 28. bis 29. Februar 1908.

Buchfüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an: Brunnen-Siegenburg 100.—; Grüner Leipzig 200.—; Rudolph-Mannheim 100.—; Sieben-Erfurt 150.—; Vitkemeyer-Bielefeld 75.—; Velp-Duisburg 200.—; Arnolt-Halle a. S. 200.—; Döring-Görlitz 150.—; Rose-Mülheim a. Rhein 150.—; Bachaus-Elberfeld 100.0.—; Hütt-Darmstadt 100.—; Schreiner-Freiburg i. Br. 100.—; Arnsberg-Dortmund 200.—; Daur-Ehlingen 30.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 80601 2. Schneider in Goslar 50.40 M.; Buchn. 876 3. Mühlens in Angermünde 29.40 M.; Buchn. 2145 E. Hirsch in Böhlerdorf 50.40 M.; Buchn. 8842 3. Brandt in Siebenbollen 12.60 M.; Buchn. 32017 C. Haeske in Ronz 23.10 M.; Buchn. 29302 C. Feiertag in Waren i. M. 12.60 M.; Buchn. 22924 C. Stöther in Brandenburg a. Hav. 25.20 M.; Buchn. 3475 M. Gellert-Angermünde 12.60 M.; Buchn. 738 E. E. Wenne in Bäck in Lauenburg 12.60 M.; Buchn. 2184 E. König in Geesthacht 12.60 M.; Buchn. 3683 B. Grubach in Lügau 14.70 M.; Buchn. 30230 C. Glümpel in Pfaffschwende i. Eichsf. 27.80 M.; Buchn. 29524 3. Hef 1. Stettin 25.20 M.; Buchn. 34035 B. Novoc in Boje 12.60 M.; Buchn. 7056 3. Günther in Mülheim a. Ruhr 14.70 M.; Buchn. 23085 B. Otto in Kirchberg i. Sachsen 29.40 M.; Buchn. 34033 St. Chmielewski in Posen 14.—; Buchn. 34047 B. Stobinski in Posen 21.—; Buchn. 738 E. Weinte in Schwedt a. D. 25.20 M.; Buchn. 14212 3. Prüfer in Altenkirchen auf Mülgen 12.60 M.; Buchn. 849 D. Hobitschel in Gladbeck i. W. 58.80 M.; Buchn. 2260 St. Zubrowicz in Kammin i. Westpr. 14.70 M.; Buchn. 2560 C. Zimmer in Lissa i. B. 25.20 M.; Buchn. 32279 C. Dierfirth in Posen 12.60 M.; Buchn. 32011 3. May in Bonn in Westpr. 27.30 M.; Buchn. 34031 3. Henker in Boje 12.60 M.; Buchn. 12158 M. Wolf in Oktobeuren in Bayern 21.—.

J. H. Bille, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 11.

#### Anzeigen.

#### Cüffiger Anstreichermeister

mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, wird von großem Baugeschäft verbunden mit Bau- und Möbelbeschreineret, zum 1. April 1908 für dauer die Arbeit gesucht. Der Meister muss durchaus selbstständig sein und eine größere Anzahl Gesellen beaufsichtigen können. Wiedungen mit Zeugnissabschriften unter B. R. 377 bef. die Annencon-Exped. von Erlenfänger u. Cie., Bochum, Heinrichstr. 12.

#### Lackierermeister

gesucht für die Lackierwerkstatt einer großen Appartefabrik Berlins. Derselbe muss bewandert sein in der Herstellung dauerhafter Anstriche auf Metallogegenstände, in Linien- und Schriftmalerei, sowie Erfahrung besitzen im Wärmlackieren (emailieren) in matt, schmierblank und blankschwarz von Blechwaren. Nur durchaus bewährte Kräfte wollen sich unter Beistützung von Bezeugnissen, Referenzen und Lebenslauf unter P. S. 24 an die Annencon-Expedition von Haasestein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8, wenden.

#### Decorationsmaler,

nur wirklich praktisch und tüchtig gebildet, selbständig arbeitend, zur Probe und später in dauernde Stellung gesucht.

Jessen & Christiansen, Flensburg.

#### Filiale Eisenach.

Arbeitsnachweis von 7-8 Uhr abends im "Fröhlichen Mann," Sonntags von 11-12 Uhr vormittags.

2.—4! Umschauen verboten!

#### Lackierverfahren

für das Schwarzlackieren von Metallgegenständen für optische Zwecke, zu kaufen gesucht.

Dr. R. Krüger,

Gabril photogr. Apparate

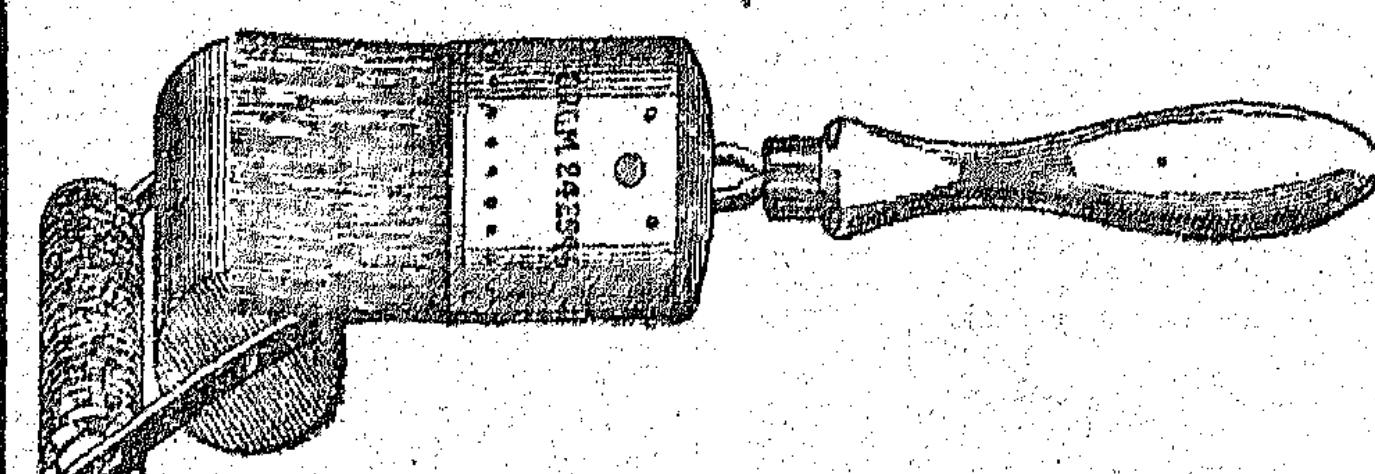
Kurtwangen i. Baden.

#### Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinden Deutschlands. Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

#### Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.— besteht aus folgend Breiten: 1. Boll und 2½ Boll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Boll Breite Mark 4.50.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schule für Holz- u. Marmorimitation. Beginn: 15. Oct. - 15. März. Prospekt gratis.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das stühmlichste bekannte

#### Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg II.

versendet gratis und franko

#### Malergehülfen,

welche selbstständig arbeiten, auf dauernde Beschäftigung gesucht.

Jessen & Christiansen, Flensburg.



z. B. auf Zelchenpapier 36/46 cm 46/56 cm

1.—Mk. 110 Mk.

(Negative gratis) liefert

Richard Swierzy, Ges. m. b. H., Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt 1. 3008. Tgl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko.

Vergrößerungen am besten und billigsten

#### Maler - Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität

Umlegeträgen, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang

3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Mützen 40 ₣, Messel-Hosen 2.10 M. Dreihosen und Jacken von Leinen à 2.80 M.

Extra Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brüderstraße 18, I.

Malerschule von Wilh. Schüre, Hamburg 15.

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Figürliches etc.) früh Wert 8—10 M.

Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra 20 schöne grössere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Amoretten-Kpositionen, Figürliches etc.) früherer V 20—25 M. E. Haberland in Leipzig)

50 farbige Malvorlagen Mk. 6 Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen Ph. Brühl, Geisen i. Wes.

Der heutigen Nummer liegt die M des Korrespondenzblattes für die Belehrten und Vertraulichen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. I Hamburg, Schmalenbeckerstr. 1 Verlag von H. Wenker, Hamburg Druck von Friedrich Meyer, Hamburg